

infobrief eu & international

Inhalt

Brasilien nach der Wahl Schafft Lula die Kehrtwende?	2
Das neue Gold Gelingt die Rohstoffwende?	8
Wasserstoff als trojanisches Pferd? Was hinter dem Lobbying der Energieindustrie steckt	13
Notfallinstrument für den Binnenmarkt Streikrecht in Gefahr	19
Die neue Wachsamkeit Investitionskontrolle im Umbruch	22
Von der Zinswende zur Schuldenkrise Altbekannt und alternativlos?	29
Buchbesprechung Earth for All	33

EDITORIAL

Eine Krise jagt die andere. Vom fortlaufenden Krieg in der Ukraine über horrende Energiekosten und steigende Armutsgefährdung bis hin zur zugespitzten Klimakrise: Ein optimistischer Blick ins Neujahr ist da vielerorts mehr von Wunschdenken als von Überzeugung getragen.

Vor diesem zwiespältigen Hintergrund widmet sich dieses Editorial Erfreulichem zum Ausklang: Ende Oktober fand in Brasilien eine der richtungsweisendsten Wahlen des Jahres statt: Nach der Abwahl des amtierenden Präsidenten Bolsonaro – eines bekennenden Befürworters der Militärdiktatur und Rechtsradikalen – liegen nun weltweit große Hoffnungen auf dem Comeback von Lula. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der ehemalige Gewerkschaftsführer national und global eine Führungsrolle zum Schutz des Regenwaldes einnehmen will. Doch Lulas sozial- und umweltpolitische Reformagenda ist nach wie vor mit einer starken Allianz aus Großgrundbesitzern, gewerkschaftsfeindlichen Wirtschaftseliten und radikalisierten religiösen Gruppen konfrontiert. Schafft die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas die Kehrtwende? Halten die Ankündigungen reicherer Staaten, diese ambitionierte Klimaschutz-Politik finanziell zu unterstützen? Oder bleibt eine entschlossene, tatsächlich globale Bekämpfung der Klimakrise im Morast von leeren Versprechungen stecken?

Gerade auch an diesem Beispiel wird sich zeigen, ob und wie kooperative, solidarische Wege aus der Vielfachkrise gelingen können. Unsere Ausgabe bietet dafür jedenfalls auch diesmal reichhaltige Anregungen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!
Die Redaktion

Schreiben Sie uns Ihre Meinung, Wünsche, Anregungen und Kritik an eu@akwien.at

IMPRESSUM:

Herausgeberin und Medieninhaberin Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz Eugen Strasse 20-22, Telefon +43 1 501 650 · **Offenlegung gem § 25 des Mediengesetzes** siehe wien.arbeiterkammer.at/offenlegung · **Zulassungsnummer** AK Wien 02Z34648 M · **Redaktion** Sarah Bruckner, Frank Ey, Monika Feigl-Heihs, Miriam Frauenlob, Lukas Oberndorfer, Oliver Prausmüller, Norbert Templ, Valentin Wedl · **Grafik** Julia Stern · **Verlags- und Herstellungsort** Wien · **Erscheinungsweise** 4 Mal jährlich · **ISSN** 2409-028X · **Blattlinie** Die Meinungen der Autor:innen · **Kostenlose Bestellung** unter <http://wien.arbeiterkammer.at/euinfobrief>



BRASILIEN NACH DER WAHL: RÜCKKEHR ZU RECHTSTAATLICHKEIT UND ENTWICKLUNG

Die Stichwahl zum Präsidenten Brasiliens konnte der Mitte-Links Kandidat Lula knapp für sich entscheiden. Damit ist der amtierende Rechtsextreme Bolsonaro abgewählt. Das bedeutet ein Aufatmen für Viele – sowohl in Brasilien wie auch international. Der Beitrag beleuchtet die Hintergründe der Wahl und der brasilianischen Politik: Wofür steht der neue Präsident und was ist von seiner Regierung zu erwarten? Was sind die Unterschiede zum scheidenden Präsidenten und wie ist das alles eingebettet in die Politik des größten lateinamerikanischen Landes?

Von
Bernhard Leubolt und
Luis Paulo Bresciani

Ende Oktober 2022 fand eine der weltweit richtungsweisendsten Wahlen des Jahres statt. Brasilien wählte einen neuen Präsidenten in einer Stichwahl zwischen zwei äußerst unterschiedlichen Kandidaten: Auf der einen Seite Jair Bolsonaro, der amtierende Präsident – ein bekennender Befürworter der Militärdiktatur und Rechtsradikaler. Auf der anderen Seite Luis Inácio ‚Lula‘ da Silva, Präsident einer Mitte-Links Regierung unter der Führung der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT) und eines der bekanntesten Gesichter des Widerstands gegen die Militärdiktatur sowie der demokratischen Gewerkschaftsbewegung. Lula konnte den stark polarisierten Wahlkampf zwischen Rechts und Links knapp für sich entscheiden und siegte in der Stichwahl mit 50,9% aller gültigen Stimmen.

Das Wahlergebnis löste weltweit Erleichterung aus. Nicht zuletzt aus klimapolitischen Gründen: Die unter Bolsonaro beschleunigte Abholzung der brasilianischen Regenwälder in den Regionen Amazonas und Pantanal konterkariert die globale Bekämpfung der Klimakrise. In den Jahren der Präsidentschaft Bolsonaros wurden staatliche Regulierungen und Kontrollen gelockert. Daher konnten Großgrundbesitzende auf legale und illegale Weise die Wälder roden, um Holz oder Rohstoffe zu gewinnen bzw. um neue Flächen für Viehzucht und Soja-Anbau

zu gewinnen.¹ Das ging einher mit einem Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Kurz vor dem ersten Wahlgang wurden etwa die Umweltaktivisten Dom Philips und Bruno Pereira ermordet² – keine Einzelfälle, da politisch motivierte Gewalt zuletzt zunahm.

Lula verspricht, den anti-demokratischen Tendenzen entgegenzuwirken und sozial-ökologische Ziele zu verfolgen. Kurz nach seiner Wahl (noch vor Amtsantritt, der erst mit 1.1.2023 erfolgt) reiste Lula zur COP27, um mit internationalen Führungspersonlichkeiten globale Umweltpolitik zu diskutieren. Dort trat er dafür ein, dass Brasilien eine Führungsrolle zum Schutz des Weltklimas einnehmen soll. Im Gegenzug sollten die reicheren Staaten solidarisch handeln und Länder wie Brasilien finanziell dafür unterstützen, dass Wälder als Verbesserer des Weltklimas erhalten werden und nicht – wie etwa während der Industrialisierung in Europa – einer einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung zum Opfer fallen.

Armutsbetroffene Regionen entscheidend für Wahlausgang

Bei genauerer Betrachtung des Wahlergebnisses ist die regionale Verteilung der Stimmen besonders auffällig. Während die reicheren Regionen mehrheitlich für Bolsonaro stimmten, votierten die Menschen in

Geht es nach dem neu gewählten Präsidenten Lula, soll Brasilien eine führende Rolle beim Klimaschutz übernehmen. Reiche Länder sollen im Gegenzug solidarisch die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung Brasiliens fördern.

Brasilien nach der Wahl: Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung

den ärmsten Regionen des Landes – v.a. im Nordosten und Norden – mit teilweise sehr deutlichen Mehrheiten für Lula.

In armutsbetroffenen Regionen wurde mehrheitlich Lula gewählt.

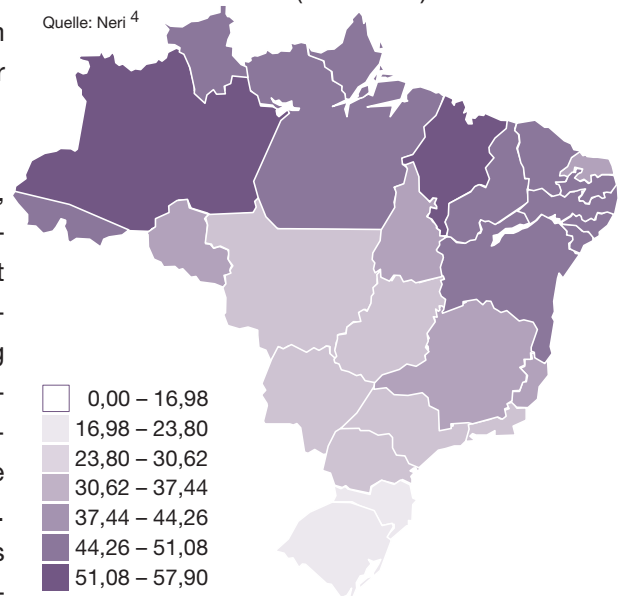
Die regionale Verteilung der Stimmen zeigt, dass Lula viele Stimmen von Armutsbetroffenen bekam. In seiner ersten Amtszeit (2003-2006) setzte Lula vor allem auf die Beseitigung des Hungers und die Bekämpfung der Armut in einem Land mit extremen sozialen Ungleichheiten.⁵ Am Ende seiner zweiten Amtszeit (2010) war er der populärste Präsident der brasilianischen Geschichte. Danach beugte sich Lula dem Gesetz, das eine dritte Amtszeit verbietet. Dilma Rousseff wurde als seine designierte Nachfolgerin und PT-Kandidatin bei den Wahlen 2010 und 2014 Brasiliens erste Präsidentin.⁶

Lula wurde populär durch erfolgreiche Armutsbekämpfung.

Die Regierungen unter Lula und Dilma (2003-2016) setzten auf den konsequenten Ausbau von Sozialpolitik und die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns⁷. Für viele armutsbetroffene Brasilianer:innen ist der

Abb. 2:
Karte der Armut in Brasilien, nach Bundesstaaten (Jahr 2021)

Quelle: Neri⁴

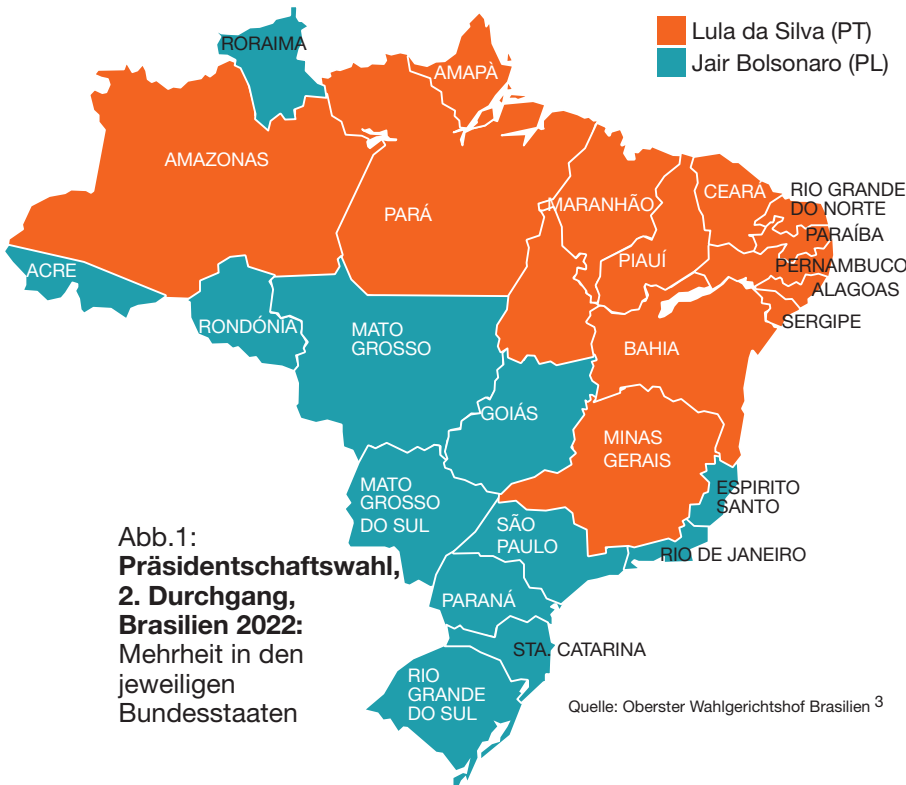


Prozentsatz der Bevölkerung, die unter US-Dollar 5,50 (ppp) pro Tag verdienen.
(= bras. Reais 497,- pro Monat)

Mindestlohn die wichtigste Grundlage für ihr Einkommen, während Familien der Mittel- und Oberschichten ein Vielfaches des Mindestlohns verdienen. Inflationbereinigt wurde der Mindestlohn zwischen 2003 und 2016 etwa verdoppelt.

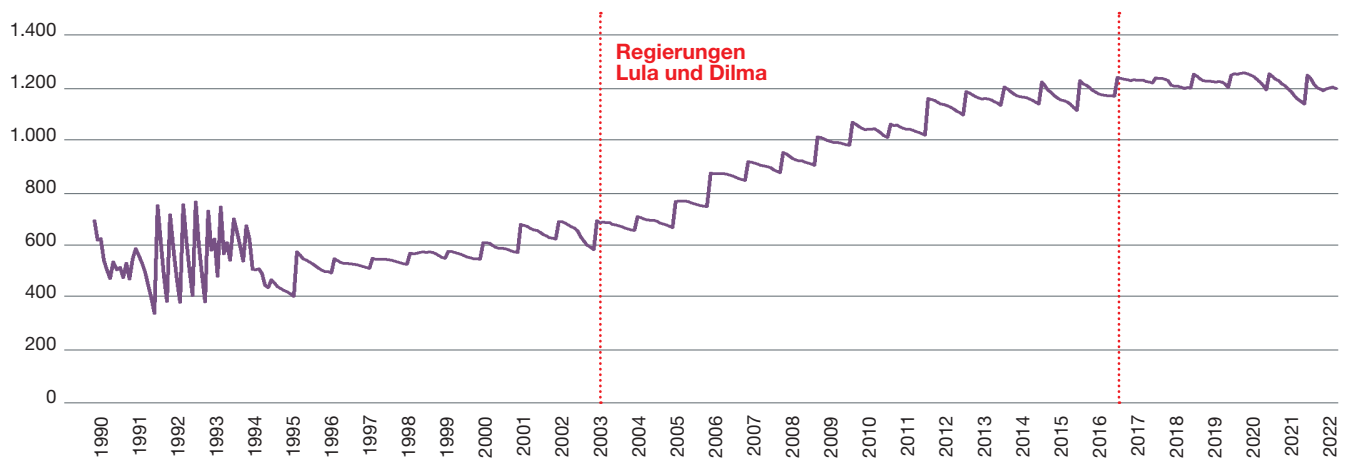
Diese Maßnahmen waren mit einem umfassenden Ausbau des Sozialstaats verbunden: Das wichtigste Programm wurde „Bolsa Família“ (Familienbeihilfe), das armutsbetroffenen Familien ein niedriges Monatseinkommen garantierte (ähnlich wie eine Notstandshilfe, jedoch für etwa ein Viertel der brasilianischen Bevölkerung). Zusätzlich setzte die Regierung auf den Aufbau sozialstaatlicher Leistungen – vom flächendeckenden Aufbau eines Programms für Mahlzeiten in der Schule über Investitionen in öffentliche Krankenhäuser und Schulen bis hin zur Stärkung und Aufbau neuer staatlicher Universitäten. Diese Maßnahmen waren eingebettet in eine neo-keynesianische Wirtschaftspolitik⁸: Wirtschaftswachstum durch Konsum für neue gesellschaftliche Gruppen förderte

Abb. 1:
Präsidentenwahl, 2. Durchgang, Brasilien 2022:
Mehrheit in den jeweiligen Bundesstaaten



Brasilien nach der Wahl: Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung

Mindestlohn Brasilien, inflationsbereinigt, in br. Reais/Monat



Quelle: Eigene Darstellung.

Datengrundlage: Brasilianisches Institut für angewandte Wirtschaftliche Forschung – www.ipeadata.gov.br

die Dynamik der lokalen Wirtschaft: Immer mehr Brasilianer:innen konnten sich nicht nur ausreichend Nahrung, sondern auch Haushaltsgeräte oder Autos leisten.

Krise, Proteste und Demokratie-Abbau

2015 begannen fast zeitgleich mit dem Amtsantritt von Dilma Rousseff zahlreiche Protestmärsche in Brasiliens Städten, die sich gegen die PT und insbesondere gegen Dilma und Lula richteten. Rechts-gerichtete Demonstrant:innen forderten den Rücktritt der Präsidentin und dass sie und Lula wegen Korruption eingesperrt werden sollten. Konservative Gruppen kritisierten die „kommunistische“ Orientierung der PT. Besonders aktiv waren evangelikale Freikirchen – denen schon etwa 26% der brasilianischen Bevölkerung angehören⁹. Gestützt auf den Druck der Straße wendeten sich der rechte Koalitionspartner der PT von der Regierung ab.

Angeführt von Vize-Präsident Temer entthob die konservative Mehrheit im Kongress 2016 Dilma aus fadenscheinigen Gründen ihres Amtes. Temer wurde ohne Wahl zum Präsidenten mit der geringsten Zustimmung in Brasiliens Geschichte. Bis zur nächsten Wahl 2018 hatte Brasilien eine demokratisch kaum legitimierte Regierung, die einen neoliberalen Staatsumbau einleitete. Beson-

ders einschneidend war die Reform des Arbeitsrechts im Jahr 2017: Durch Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsrechtes konnten Unternehmen Kosten senken. Die Kaufkraft der Beschäftigten sank, die schwächelnde Wirtschaft konnte sich nicht erholen.

Gleichzeitig kamen viele Korruptionsskandale an die Öffentlichkeit, die alle großen Parteien betrafen. Während die Justiz die meisten Politiker:innen konservativer Parteien verschonte, ging sie mit aller Härte gegen führende Persönlichkeiten der PT vor – besonders gegen Lula. Mit äußerst dünnen Beweisen wurde ihm der Prozess gemacht. Dennoch wurde er wegen Korruption verurteilt und musste ins Gefängnis. So verhinderte die brasilianische Justiz, dass der prominenteste Politiker Brasiliens 2018 ein weiteres Mal zur Präsidentschaftswahl antreten konnte. Das Ansehen der PT wurde ebenso beschädigt wie das vieler traditioneller Parteien. Erst im Juni 2021 stellte der brasilianische Oberste Gerichtshof fest, dass der Richter im Verfahren gegen Lula gleichzeitig als Ankläger agierte und hob die Entscheidung wegen schwerwiegenden Verfahrensfehlern auf.¹⁰

Das politische Vakuum konnte Jair Bolsonaro für sich nutzen. Bis zu dieser schweren

Neo-Keynesianismus:
Konsum der Ärmeren sorgt für wirtschaftliche Dynamik.

Neoliberale Reformen durch kaum demokratisch legitimierte Regierung.

Brasilien nach der Wahl: Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung

Regierung Bolsonaro: Neoliberalismus, Großgrundbesitz, Evangelikale, Waffenlobby und Gewalt politischen Krise fiel der unehrenhaft aus dem Militär entlassene Ex-Militär eher als „politischer Clown“ auf, der extrem rechte Positionen vertrat.¹¹ Bis heute befürwortet er nicht nur die Militärdiktatur, sondern auch den großzügigen Gebrauch von Schusswaffen seitens Militär und Polizei. Seine wichtigsten politischen Verbündeten kommen aus den Reihen der konservativen Freikirchen, Großgrundbesitzer:innen und der Waffenlobby.

Bolsonaro – Rechtsextremismus in der Regierung

Das wichtigste einende Element von Bolsonaros Regierungsmannschaft ist der Hass gegen „Kommunismus“, d.h. gegen humanistisch oder progressiv orientierte Menschen. Die Regierung setzt sich zu-

sammen aus ehemaligen Militär-Vertretern (z.B. Vize-Präsident Morão), Evangelikalen wie etwa Damares Alves (Ministerin für Menschenrechte und Familie), Großgrundbesitzenden (z.B. Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina) und Neoliberalen (z.B. Wirtschaftsminister Guedes)¹².

Wirtschaftspolitisch forcierte die Regierung Privatisierungen sowie die Deregulierung wirtschaftlicher Aktivitäten.¹³ Darunter fielen u.a. auch Umweltauflagen und staatliche Aufsicht der Regenwälder. Zugunsten des Agrobusiness wurde die „Agrargrenze“ immer weiter in die Regenwälder verschoben. Indigene Gemeinschaften mussten der Rinderwirtschaft, dem Soja-Anbau oder der Rohstoffgewinnung Platz machen, weil Großgrundbesitzende sie gewaltsam vertreiben ließen.

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Einzelheft: € 12,— Bestellung an: Sonderzahl Verlag
Normalabonnement: € 29,— Tel.: (0043-1) 586 80 70
StudentInnenabonnement: € 18,— E-Mail: verlag@sonderzahl.at
Auslandsabonnement: € 36,— www.sonderzahl.at



HEFT 1:
Digitale Marktromantik:
Von Bitcoin zur Krypto-Ökonomie?

Bitcoin hat bisher vorwiegend mit abenteuerlichen Kurskapriolen Schlagzeilen gemacht. Welche darüber hinausgehende Bedeutung und welche Zukunft haben die durch Bitcoin und andere Krypto-Projekte ausgelösten Veränderungen für Geld und Finanzwesen, Wirtschaft und Gesellschaft?

HEFT 2:
In Transformation

„Grüne und digitale Transformation“ sind zu geflügelten Wörtern geworden. Was bedeutet aber „Transformation“ von Ökonomien, in welchen Formen und Phasen verläuft der Wandel, welche Rolle fällt dem Staat dabei zu? Welche Änderungen oder gar Brüche kommen auf Arbeit und Gesellschaft zu und wie ist damit umzugehen? Welchem Wandel unterliegen Geld- und Rechtsordnung? Diese großen Linien der Transformation versucht das Heft in den Blick zu nehmen.

HEFT 3:
Was tun gegen Überreichtum?

Die Reichen werden immer reicher; in Österreich besitzt das oberste 1 % rund 40 % des gesamten Vermögens. Eine hohe Vermögenskonzentration bedeutet aber nicht nur höchst ungleiche Lebensbedingungen, sie geht auch mit einer Konzentration von Macht und Entscheidungsgewalt einher. Das Heft widmet sich daher den Strategien gegen Überreichtum.

HEFT 4:
Verkehr(t) – Verkehrspolitik am Scheideweg

Die Corona-Krise hat nicht zuletzt aufgezeigt, wie essenziell das reibungslose Funktionieren des weltweiten Netzwerks an Verkehrsströmen für alle Wirtschaftsbereiche ist – und dass der Politik vielerorts die Vorstellungskraft fehlt, den Verkehrssektor mitten in Klimakrise und Strukturwandel mit Blick auf das größtmögliche Gemeinwohl zu gestalten. Diesem unausgeschöpften Gestaltungspotential widmet sich dieses Heft.

Kritik im Abo

**Regierung Lula:
breites politi-
sches Bündnis
gegen rechtsra-
dikalens Demo-
kratieabbau**

Die Regierung Bolsonaro förderte die Ausübung von Gewalt besonders über gesetzliche Erleichterungen für Waffenbesitz. Seit 2019 hat sich der private Waffenbesitz verdoppelt. Brasilien ist weiterhin eines der Länder mit den höchsten Mordraten. Für die Demokratie besonders bedenklich ist die deutliche Zunahme von politisch motivierter Gewalt. Eine aktuelle Studie¹⁴ zeigt, dass Gewalt in Form von Drohungen, Entführungen und Morden an Politiker:innen oder deren Angehörigen seit 2019 beständig zunahm – vor allem gegen Angehörige der Linksparteien PT und PSOL. Traurige Höhepunkte der politischen Gewalt waren die Ermordungen der linken Stadträtin und Menschenrechtsaktivistin Marielle Franco¹⁵ sowie des PT-Politikers Marcelo de Arruda¹⁶ durch Bolsonaro Anhänger.

Auch Sozial- und Gesundheitspolitik litten während der letzten Jahre.¹⁷ Für Bolsonaro handelte es sich bei Covid-19 bloß um eine „kleine Grippe“. Die Pandemiebekämpfung der Regierung war so mangelhaft, dass fast 700.000 Menschen an Covid-19 starben.¹⁸ Die Sterblichkeit war in Brasilien etwa drei Mal so hoch wie im internationalen Durchschnitt. Während die Bekämpfung der Pandemie keine Priorität genoss, war sie aber Anlass, um die finanziellen Beihilfen an die Ärmsten anzuheben. Die Regierung verabschiedete 2020 ein Nothilfeprogramm¹⁹ und sorgte dafür, dass im Wahljahr 2022 die staatlichen Beihilfen weiter angehoben wurden. Gleichzeitig müssen die Gelder aus anderen Bereichen abgezogen werden – besonders betroffen waren Bildungspolitik und Wohnbau. Die populistische Maßnahme war jedoch nur bedingt erfolgreich. Bei der Wahl stimmten die Regionen mit den meisten Armutsbetroffenen mehrheitlich für Lula.

Ausblick auf die Regierung Lula

Die Regierung Lula ist vor allem ein politisches Bündnis gegen den rechtsradikalen Demokratieabbau.²⁰ Lulas Vize-Präsident Geraldo Ackmin war viele Jahre in konservativer bzw. neoliberaler Opposition zur Regierung Lula. Ebenso wie die im ersten Wahlgang drittplatzierte Kandidatin Simone Tebet unterstützte er nun Lula. Wichtige Gründe dafür waren die Pandemiepolitik Bolsonaros und der Demokratieabbau während der letzten Jahre. Das politische Bündnis Lulas für die Wahl war äußerst breit. Neben wichtigen liberal-konservativen Persönlichkeiten beteiligten sich auch linke Persönlichkeiten wie etwa der bekannte Obdachlosen-Aktivist Guilherme Boulos.

Im Wahlkampf Lulas waren daher deutlich moderatere sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen präsent als in vergangenen Jahren. Dafür gibt es nun ein klareres Bekenntnis zu Umweltpolitik und zum Schutz der indigenen Gemeinschaften. Die frühere Umweltministerin und renommierte Umwelt-Aktivistin Marina Silva soll als zukünftige Umweltministerin dafür sorgen, dass die Regierung Lula die Erhaltung des Regenwaldes fördern wird.²¹ Das soll ein wichtiger Schritt dafür sein, damit die brasilianische Regierung auf dem internationalen Parkett wieder eine größere Rolle spielt.

Durch die Krisen und die rechte Politik der letzten Jahre steht die neue Regierung vor großen Herausforderungen. Daher setzt die neue Regierung ihre Schwerpunkte vor allem auf Demokratie und nachhaltige Entwicklung. Lula versprach, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Reform der Arbeitsgesetzgebung umzusetzen. Es wird jedoch äußerst schwierig werden, dafür Mehrheiten im konservativ dominierten Abgeordnetenhaus zu finden. Unter diesen Voraus-

Brasilien nach der Wahl: Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung

setzungen sind nicht nur neue Programme mit erheblichen Hürden konfrontiert. Selbst die Rückkehr zu den Tugenden der früheren PT-Regierungen wird schwierig: Seit 2016 wurde der Mindestlohn real nicht mehr erhöht und der öffentliche Sektor geschwächt.

Die Liste der Notwendigkeiten ist lang und der Realpolitiker Lula wird all seine Künste aufbieten müssen, um zumindest einige wenige Bereiche zum Besseren bewegen zu

können. Doch für den Moment scheint nun gesichert: Der Abbau von Demokratie und Menschenrechten sowie die Zerstörung der Umwelt können aufgehalten oder zumindest verlangsamt werden.

Bernhard Leubolt, AK Wien
bernhard.leubolt@akwien.at

Luis Paulo Bresciani,
Fundação Getulio Vargas São Paulo
luis.bresciani@fgv.br

- 1 Vgl. Backhouse, Maria und Lorenzen, Kristina (2022): Widersprüche der Bioökonomie. Extraktive Wissensproduktion und Landverhältnisse in Brasilien, *Journal für Entwicklungspolitik* 38, 1, 1-13, <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-38-1-13>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 2 <https://www.reuters.com/world/americas/brazil-search-finds-clothes-indigenous-expert-missing-with-reporter-2022-06-13/>, heruntergeladen am 5.12.2022.
- 3 Tribunal Superior Eleitoral do Brasil, Grafik online verfügbar: <https://www.publico.pt/2022/10/02/mundo/noticia/presidenciais-brasil-urnas-abrem-daqui-escolher-presidente-2022573#85750>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 4 Neri, Marcelo (2022): Mapa da Nova Pobreza, Rio de Janeiro: FGV Social, online: <https://cps.fgv.br/MapaNovaPobreza>.
- 5 Leubolt, Bernhard (2015): Transformation von Ungleichheitsregimes: Gleichheitsorientierte Politik in Brasilien und Südafrika. Wiesbaden: Springer VS. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-07361-9>.
- 6 Anderson, Perry (2019) *Brazil Apart, 1964–2019*, London: Verso.
- 7 Leubolt, Bernhard (2014): Social Policies and Redistribution in Brazil. GLU Working Paper No. 26. Global Labour University. Online verfügbar: https://global-labour-university.org/wp-content/uploads/2022/03/GLU_WP_No.26.pdf. Heruntergeladen am 18.11.2022.
- 8 Leubolt, Bernhard (2014): Liberalismus, Entwicklungsstaat und Hühnerflug. Brasiliens Wirtschaft und Politik vor neuen und alten Herausforderungen. In: Drekonja-Kornat, Gerhard/Prutsch, Ursula (Hrsg.): *Brasilien 2014: Aufbruch und Aufruhr*. LIT: Wien, S. 61–73.
- 9 Laut dem Insitut für Meinungsforschung „Datafolha“ sind 51% der Brasilianer:innen katholisch und 26% evangelikal. Siehe <https://datafolha.folha.uol.com.br/opiniaopublica/2022/07/1989403-20-dos-eleitores-religiosos-recebem-orientacao-sobre-voto-na-igreja.shtml>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 10 Anderson, Perry (2019): Bolsonaro's Brazil, *London Review of Books* 41, 3, <https://www.lrb.co.uk/the-paper/v41/n03/perry-anderson/bolsonaro-s-brazil>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 11 ORF online: <https://orf.at/v2/stories/2403522/2403521/>, heruntergeladen am 21.11.2022.
- 12 Borrmann, Ricardo, Leubolt, Bernhard und Salles, Adriana (2019): Rechtsautoritarismus des 21. Jahrhunderts auf „brasilianisch“: Die „eiserne Hand“ des Tyrannen trifft der „stumme Zwang“ des Marktes, *Kurswechsel* 1/2019, online: http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/KuWe-2_19-borrmann-leubolt-salles-1.pdf, abgerufen am 18.11.2022.
- 13 Marques, Luiz (2022): Como desconstruir o bolsonarismo, online: <https://terapiapolitica.com.br/como-desconstruir-o-bolsonarismo/>, abgerufen am 5.12.2022.
- 14 Observatório da Violência Política e Eleitoral No. 11, Universidade Federal do Estado do Rio de Janeiro, online: <http://gjel.uniriotec.br/files/Boletim%20Trimestral%20n%C2%BA%2011%20-%20Julho-Agosto-Setembro%202022.pdf>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 15 Steinburg, Eva von: Vier Jahre nach dem Mord an Marielle Franco in Brasilien: Auftraggeber unbekannt, in: *amerika21*, online: <https://amerika21.de/2022/03/257220/brasilien-jahrestag-marielle-franco>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 16 UNI Americas Statement on the Murder of Marcelo Arruda, Treasurer of the PT Iguaçú, by Bolsonaroistas. Online: <https://uniglobalunion.org/wp-content/uploads/EN-Declaracion-de-UNI-Americas-1.pdf>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 17 Vieira, Fabiola Sulpino (2020): Gasto federal com políticas sociais e os determinantes sociais da saúde: para onde caminhamos? In: *Saúde em Debate* 44 (127), 947-961, DOI: 10.1590/0103-1104202012701, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 18 Aktuelle Statistiken der brasilianischen Regierung sind online abrufbar: <https://covid.saude.gov.br/>; Stand 5.12.2022 wurden 690.074 Todesfälle registriert.
- 19 Lucca-Silveira, Marcos Paulo und Barbosa, Rogério Jerônimo: O Futuro das Transferências de Renda no Brasil: Dilemas Empíricos e Normativos para um Programa Pós-Pandemia e Pós-Auxílio Emergencial, In: *Sociologia & Antropologia*, 11 especial, 67-92, online: <https://dx.doi.org/10.1590/2238-38752021v11esp3>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 20 Vgl. das Regierungsprogramm: Lula, Luiz Inácio da Silva (2022): Carta para o Brasil do Amanhã, online: <https://pt.org.br/wp-content/uploads/2022/10/amanhacc83-v1-1.pdf>, heruntergeladen am 18.11.2022.
- 21 Blei, Bianca (2022): Wie Brasiliens künftiger Präsident Lula den Regenwald und das Weltklima retten will, *DerStandard* online, 16.11.: <https://www.derstandard.at/story/2000140854837/wie-brasiliens-kuenftiger-praesident-lula-den-regenwald-und-das-weltklima>, heruntergeladen am 18.11.2022.

DAS NEUE GOLD DER WELTWEITE HUNGER NACH MINERALISCHEN ROHSTOFFEN

Von
Monika Feigl-Heins

Windräder, Solaranlage, Elektroautos oder das digitale Zeitalter: sie alle sind ohne mineralische Rohstoffe wie Lithium, Kobalt oder seltene Erden undenkbar. Nicht zuletzt sind die grünen Technologien zur weltweiten Reduktion von Treibhausgasemissionen Treiber für den Rohstoffverbrauch. Doch wo am Ende der Wertschöpfungskette saubere Energie oder emissionsfreie Fahrzeuge stehen sollen, liegt insbesondere am Ausgangspunkt des Wirtschaftszweiges vieles im Argen. Warum der EU-Ansatz zur Rohstoffstrategie zu kurz greift.

Die internationale Energieagentur schätzt, dass sich der weltweite Bedarf an Rohstoffen für die Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende bis 2040 auf Basis bisheriger nationaler Klimapläne verdoppeln werde.

Internationaler Ansturm auf Rohstoffe

Aufgrund der Notwendigkeit, die Treibhausgasemissionen weltweit zu senken und sämtliche Wirtschaftssysteme zu dekarbonisieren, sind grüne Technologien im Aufwind. Am Ende des Umbaus sollen saubere Energie und emissionsfreie Fahrzeuge stehen. Dafür werden allerdings große Mengen an mineralischen Rohstoffen benötigt. Die internationale Energieagentur¹ schätzt, dass sich der weltweite Bedarf an Rohstoffen für die Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende bis 2040 auf Basis bisheriger nationaler Klimapläne verdoppeln werde. Sogar eine Vervierfachung des weltweiten Rohstoffbedarfs steht im Raum: Dieses Szenario ist zu erwarten, wenn die nationalen Klimapläne so nachgebessert werden, dass diese tatsächlich zur Erreichung der Pariser Klimaziele führen. In den nächsten Jahren ist also mit einem noch stärkeren, weltweiten Ansturm auf die verschiedensten Bodenschätze zu rechnen.

Von vergifteten Böden, zerstörten Lebensgrundlagen und massiven Menschenrechtsverletzungen

Doch der Bergbau zählt zu jenen Sektoren, der mit vielfältigen negativen Auswirkungen sowohl für das Klima als auch für einzelne Bevölkerungsgruppen verbunden ist. Allein

bei der Primärgewinnung von Metallen und Mineralien fallen bereits heute ca. 10 Prozent der gesamten weltweiten CO₂-Emissionen an². Wenn nun in Zukunft noch mehr abgebaut werden soll, wird sich diese Entwicklung negativ auf die CO₂-Bilanz niederschlagen und könnte zu einer Erhöhung der Treibhausgasemissionen in diesem Sektor um 43 Prozent bis 2060 führen³. Notwendig für die Eindämmung der Erderhitzung wäre genau das Gegenteil, nämlich ein massiver Rückgang der klimaschädlichen Emissionen.

Darüber hinaus ist mit dem Abbau von Rohstoffen ein massiver Eingriff in die Natur verbunden, der oft mit verheerenden Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung einhergeht. Da der Bergbau wasserintensiv ist und zum Teil einen hohen Einsatz an giftigen Chemikalien erfordert, kann dies die Trinkwasserversorgung der Bewohner:innen, insbesondere in trockenen Gebieten, gefährden. Ein unrühmliches Beispiel dafür ist der Lithiumabbau in Chile, der bereits heute deutliche Spuren am Atacama-Salzsee hinterlassen hat: Wassermangel oder die Verunreinigung durch giftige Chemikalien sind Zeugnisse dafür. Wegen der stark steigenden Nachfrage nach Lithium, das etwa für Batterien und Akkus für Elektrofahr-

Allein bei der Primär-gewinnung von Metallen und Mineralien fallen bereits heute ca. 10 Prozent der gesamten weltweiten CO₂-Emissionen an.

zeuge benötigt wird, ist die Verdreifachung der derzeitigen Förderkapazitäten geplant⁴. Weitere massive Schädigungen der Umwelt und Eingriffe in den Lebensraum der Bevölkerung vor Ort sind vorprogrammiert. Nicht selten bleiben indigene Bevölkerungsgruppen bei Bergbauprojekten, die auf ihren angestammten Territorien geplant werden, außen vor: Sie können durch verschmutztes Wasser oder das Zurückdrängen von landwirtschaftlichen Flächen ihre Lebensgrundlagen verlieren und werden mitunter sogar gewaltsam umgesiedelt. Auch deren Beteiligung am Ertrag der Bodenschätze ist in der Regel nicht vorgesehen, weshalb sie in den meisten Fällen auf der Verlier:innen-seite stehen.

Darüber hinaus benötigen Bergwerke für den Betrieb zusätzliche Infrastruktur wie Straßen für den Transport und Siedlungen für Arbeiter:innen oder auch eine eigene Energieversorgung. Oft müssen diese Voraussetzungen erst geschaffen und entlegene Gebiete erschlossen werden. Dabei kommt es immer wieder auch zu illegaler Entwaldung. Die Folgen davon sind weitere Verluste von Naturräumen und biologischer Vielfalt, was wiederum eine Gefahr für das Weltklima darstellt.

Der Bergbau zählt zu den Branchen mit den ausbeuterischsten und gesundheitsgefährdendsten Arbeitsbedingungen.

Außerdem zählt der Bergbau zu den Branchen mit den ausbeuterischsten und gesundheitsgefährdendsten Arbeitsbedingungen. Auf der Tagesordnung stehen niedrige Löhne, schlechter Arbeitsschutz, mangelhafte oder fehlende Arbeitsschutzkleidung, hohe Unfallraten und Kontakt mit giftigen Stoffen bei unzureichenden Schutzvorkehrungen. Rund ein Drittel der weltweit registrierten wirtschaftsbezogenen Menschenrechtsverletzungen fällt auf diesen Sektor, der damit als einer der risikoreichsten für Arbeitnehmer:innen gilt⁵.

EU-Strategie: Mehr vom Bisherigen

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Problemlagen ringen europäische Unternehmen mit US-amerikanischen, südkoreanischen, japanischen und nicht zuletzt mit chinesischen Unternehmen weltweit um die wertvollen Bodenschätze. Jedes Land hat auch eine entsprechende Rohstoffstrategie etabliert, die die Versorgung der jeweils eigenen Wirtschaft mit den kostbaren Gütern sicherstellen soll. Der Konkurrenzkampf ist groß, da dieser nicht nur zwischen Unternehmen stattfindet, sondern auch durch staatliche Maßnahmen unterstützt wird.

Die Aktivitäten auf EU-Ebene reihen sich in diese Logik ein und zielen insbesondere darauf ab, die Versorgung mit kritischen Rohstoffen für den europäischen Markt zu möglichst günstigen Konditionen sicherzustellen. Mittels EU-Handelspolitik, die auf Liberalisierung und weltweite (Rohstoff-) Märkte drängt, sollen identifizierte tarifäre sowie nicht-tarifäre Handelsbarrieren von relevanten Exportländern beseitigt und abgebaut werden. Darunter fällt die Eliminierung von Exportzöllen und anderen Exportbeschränkungen für Rohstoffe ebenso wie das Verbot von Preisregulierung. Zusätzlich soll durch Verankerung investorenfreundlicher Regelungen für Lizenzvergaben zum Rohstoffabbau der Zugriff auf die benötigten Rohstoffe abgesichert werden. Dies schließt Bestimmungen mit ein, die eine Rücknahme von erteilten Lizenzen durch die Behörden des Abbaulandes unmöglich bzw. nur mit hohen Schadenersatzzahlungen möglich machen.

Um nicht den Fehler der Rohstoffabhängigkeit von einzelnen Handelspartnern wie etwa Russland zu wiederholen, steht nun auf EU-Ebene die Strategie der Diversifizierung der Bezugsquellen an oberster Stelle.

Das neue Gold: Der weltweite Hunger nach mineralischen Rohstoffen

EU-Handelsabkommen im bisherigen Stil und neue Rohstoffpartnerschaften sollen den Zugang zu Märkten in Drittstaaten sichern. Doch diese sind hinsichtlich des Schutzes von Menschenrechten, der Einhaltung von international anerkannten Arbeitsnormen oder des Schutzes der Umwelt äußerst mangelhaft.

Dabei sollen EU-Handelsabkommen im bisherigen Stil und neue Rohstoffpartnerschaften den Zugang zu Märkten in Drittstaaten sichern. Doch diese sind hinsichtlich des Schutzes von Menschenrechten, der Einhaltung von international anerkannten Arbeitsnormen oder des Schutzes der Umwelt äußerst mangelhaft, wie einschlägige Studien aufzeigen⁶.

Rohstoffwende jetzt!

Die einseitige Ausrichtung der derzeitigen EU-Rohstoffstrategie auf die Frage der Sicherstellung der Rohstoffversorgung wird weder den im Bergbau akuten Problemlagen noch den Anforderungen an einem sorgsamem Umgang mit den wertvollen Gütern gerecht. Vielmehr muss ein ganzheitlicher Blick auf das Thema Rohstoffe eingenommen werden, der auf die nachhaltige Gestaltung der gesamten Wertschöpfungskette abzielt. Andernfalls wird sich der Druck erhöhen, noch mehr Rohstoffe aus dem Boden zu holen, was der Umwelt und den Bewohner:innen von rohstoffreichen Gebieten weitere Schäden zufügen sowie die Klimaerhitzung aufgrund der CO₂-Intensität des gesamten Wirtschaftssektors befördern würde. Deshalb braucht es eine Änderung der bisher verfolgten EU-Rohstoffstrategie auf verschiedenen Ebenen und die Einleitung einer Rohstoffwende mit folgenden Eckpfeilern:

■ **Globale Reduktionsziele mittels internationalem Rohstoff-Rahmenabkommen festlegen:** Da es sich beim steigenden Verbrauch metallischer Rohstoffe um einen weltweiten Trend handelt, bedarf es einer globalen Regelung. Wie ist mit den begrenzt vorhandenen Ressourcen umzugehen? Was braucht es für eine nachhaltige Rohstoffwende? Wie kann die Reduktion der mit dem Bergbau verbundenen Treibhausgasemissionen gelin-

gen? Bei der Verhandlung dieser Fragen ist insbesondere zu berücksichtigen, dass der Rohstoffverbrauch pro Kopf in den Industriestaaten nach wie vor mehr als doppelt so hoch ist wie weltweit⁷. Die EU muss sich daher als einer der Kontinente mit hoher Rohstoffinanspruchnahme mit Nachdruck für ein internationales, rechtsverbindliches Rohstoffrahmen-Abkommen einsetzen. Denn hier gibt es eine gravierende Leerstelle auf globaler Ebene. Ein derartiges Rohstoffabkommen sollte neben dem Pariser Klimaabkommen und dem Übereinkommen über biologische Vielfalt als weitere Säule der internationalen Koordination und Kooperation zur Bekämpfung des Klimawandels etabliert werden⁸. Darin müssen beispielsweise klare Reduktionsziele für den Verbrauch von Rohstoffen, die global gerechte Verteilung der vorhandenen Rohstoffe, Effizienzziele, Förderung der Wiederverwertung der Rohstoffe (Kreislaufwirtschaft) sowie Vorgaben für die Beseitigung sonstiger ökologischer Schäden (z.B. Entgiftung) festgelegt werden. Neben diesen Vorgaben gilt es auch Kooperationen im Hinblick auf das Teilen vorhandenen technologischen Wissens sowohl für die Gewinnung der Rohstoffe als auch für deren Weiterverarbeitung und Substitutions- und Recyclingmöglichkeiten auf den Weg zu bringen.

■ **Grüne Deal Partnerschaften forcieren:** In eine völlig gegensätzliche Richtung würde der Abschluss von EU-Handelsabkommen im alten Stil weisen: Während diese dem Profitstreben transnationaler Konzerne Vorrang gegenüber breit geteiltem Wohlstand, bestmöglichen Arbeitsbedingungen sowie Umwelt- und Klimaschutz einräumen, bieten sie keine Lösungsperspektive für die aufgeworfe-

Das neue Gold: Der weltweite Hunger nach mineralischen Rohstoffen

Ein weltweites Rohstoffrahmen-Abkommen muss klare Reduktionsziele für den Verbrauch von Rohstoffen beinhalten.

nen Probleme. Sie können im Gegenteil zu deren Verschärfung beitragen, indem sie bestehende asymmetrische Wirtschaftsbeziehungen einzementieren und mit lediglich unverbindlichen Regelungen Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltschutz weiter unter Druck setzen.⁹ Wenn über diese Abkommen rohstoffreiche Länder auf die Rolle als Rohstofflieferanten reduziert werden, können sie nur durch maximale Ausbeutung ihrer Bodenschätze Einnahmen sicherstellen. Dabei müssen sie sich allerdings mit dem kleineren Anteil der Wertschöpfung des gesamten Wirtschaftszweiges begnügen. Der Großteil der Profite fällt in Industrieländern durch Weiterverarbeitung der Rohstoffe in begehrte Produkte wie Windräder, Sonnenkollektoren oder digitale Geräte an.¹⁰ Anstelle nicht mehr zeitgemäßer EU-Handelsabkommen sollte Brüssel daher mit rohstoffreichen Ländern Grüne-Deal-Abkommen unter Berücksichtigung ihrer Entwicklungsagenda abschließen. Damit sollen einerseits Standards gehoben und andererseits Handelsregeln forciert werden, die volkswirtschaftliche Vorteile bringen, Wertschöpfung im Land generieren und nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Hier gibt es bereits Anknüpfungspunkte wie beispielsweise die Pläne der Afrikanischen Union zu mehr lokaler Verarbeitung und Wertschöpfung der Rohstoffe sowie den Aufbau von Industrie in diesem Bereich¹¹. Dafür sind auch entgegen der bisherigen EU-Linie Zölle und andere Schutzinstrumente in Betracht zu ziehen. In Bergbaufragen sollte sich die EU für ein regulatorischer Umfeld einsetzen, das nicht ausschließlich den Interessen von Unternehmen dient, sondern die Bedürfnisse aller Beteiligten, insbesondere lokalen und indigenen Gemeinschaften,

Brüssel soll anstelle nicht mehr zeitgemäßer EU-Handelsabkommen mit Drittstaaten Grüne Deal-Abkommen unter Berücksichtigung ihrer Entwicklungsagenda abschließen.

zugutekommt. Die Rechte der ansässigen Bevölkerung müssen beim Betrieb von Minen gewährleistet sowie mittels effektiver Sanktionen bei Verstößen abgesichert werden. Insbesondere bei Entscheidungen über die Erschließung neuer oder die Ausweitung bestehender Bergbaugebiete sind demokratische Mitspracherechte einzuräumen sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen, die diesen Namen auch verdienen und nicht nur am Papier stehen. Der Abbau jener Rohstoffe, die es noch benötigt, muss unter Einhaltung von Menschenrechten und internationalen Arbeitsnormen sowie mit den höchsten verfügbaren Technologien zum Schutz der Umwelt und des Klimas erfolgen. Dafür sind verbindliche Regelungen wie z.B. die Erfüllung internationaler Kernarbeitsnormen inklusive Sanktionen bei Verstößen in den zwischenstaatlichen Vereinbarungen aufzunehmen. Dies schließt auch Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette im Hinblick auf deren Einhaltung von menschenrechtlichen, arbeitsrechtlichen sowie umweltrechtlichen Standards ein. In Ländern, in denen es an Kompetenzen und Know-How für die Weiterentwicklung von Standards fehlt, sollte die EU in diesen Fragen die Zusammenarbeit forcieren und gegebenenfalls auch finanzielle Unterstützung leisten.

■ **Alle Hebel zur Reduktion des Verbrauchs in Bewegung setzen:** Selbst wenn im Bergbau hohe menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards eingehalten werden, bedeutet dieser in jedem Fall einen Eingriff in die Natur mit potenziell schwerwiegenden negativen Auswirkungen für die Bevölkerung vor Ort. Damit ist sehr bedächtig umzugehen

Das neue Gold: Der weltweite Hunger nach mineralischen Rohstoffen

Innerhalb der Europäischen Union sind alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Kreislaufwirtschaft prioritär voranzubringen.

und erfordert umfassende Maßnahmen, damit möglichst viel an diesen wertvollen Rohstoffen erst gar nicht abgebaut werden muss. Deshalb ist sowohl auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene als verbindliches Ziel die Reduktion des Rohstoffverbrauchs zu formulieren. Innerhalb der Europäischen Union sind alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Kreislaufwirtschaft prioritär voranzubringen.

muss sich die EU auf Krisenszenarien vorbereiten. Sollte es zu Rohstoffengpässen kommen, braucht es Pläne, wie die knappen Güter verteilt werden sollen. Dabei sind jene Bereiche vorrangig zu behandeln, die den höchsten Wirkungsgrad für die Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele aufweisen. Dies umfasst etwa den Ausbau erneuerbarer Energieinfrastruktur sowie Infrastrukturinvestitionen in den öffentlichen Verkehr. Innerhalb der EU ist es notwendig, vorsorgende Maßnahmen zu treffen, die im Falle von sich abzeichnenden negativen Szenarien greifen.

Da es derzeit nicht so aussieht, dass all die genannten Maßnahmen politisch mehrheitsfähig sind bzw. vor dem Hintergrund geopolitischer und geökonomischer Spannungen rasch in Angriff genommen werden könnten,

Monika Feigl-Heihs, AK Wien
monika.feiglheihs@akwien.at

- 1 International Energy Agency (IEA) (2021): The Role of Critical World Energy Outlook Special Report Minerals in Clean Energy Transitions (o.O.), S. 50. The Role of Critical Minerals in Clean Energy Transitions (windows.net). Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 2 Mehdi Azadi, Stephen A. Northey, Saleem H. Ali, Mansour Edraki (2020): Transparency on greenhouse gas emissions from mining to enable climate change mitigation. Nature Geoscience, 13(2), 100–104; S. 100. Sci-Hub | Transparency on greenhouse gas emissions from mining to enable climate change mitigation. Nature Geoscience, 13(2), 100–104 | 10.1038/s41561-020-0531-3. Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 3 United Nations Environment Programme (UNEP) (2019): Global Resources Outlook 2019, Paris, S. 114. Assessing Global Resource Use: A systems approach to resource efficiency and pollution reduction (resourcepanel.org) Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 4 Indigene beklagen Vertreibung durch Lithium-Abbau - Blickpunkt Lateinamerika (blickpunkt-lateinamerika.de). Zuletzt abgerufen am 14.11.2022
- 5 Merle Groneweg (2019): Neue Rohstoffkapitel in EU-Handelsabkommen – eine Bestandsaufnahme, Berlin, S 25. Neue-Rohstoffkapitel-in-EU-Handelsabkommen-web-03072019.pdf (power-shift.de) Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 6 Siehe zB Laurens Ankersmit, Enrico Partiti (2020): Alternatives for the „Energy and Raw Materials Chapters“ in EU trade agreement, Berlin. Alternatives-for-the-‘Raw-materials-and-Energy-Chapters’-in-EU-trade-agreements-web.pdf (power-shift.de). Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 7 UNEP (2017): Resource Efficiency: Potential and Economic Implications, S. 24. resource_efficiency_potential_economic_implications.pdf. Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 8 Dieter Cohors-Fresenborg et al. (2021): Nachhaltige Stoffpolitik zum Schutz von Klima und Biodiversität, Berlin, S. 41. Hintergrundpapier: Nachhaltige Stoffpolitik zum Schutz von Klima und Biodiversität (bund.net). Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 9 Siehe BAK Stellungnahme (2020): EU-Konsultation „Eine überarbeitete Handelspolitik für ein stärkeres Europa“ Begutachtung der Bundesarbeitskammer (arbeiterkammer.at). Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 10 Rebecca Heinz (2021): Wie weiter mit der Rohstoffwende, Bonn. Wie weiter mit der Rohstoffwende? | Germanwatch e.V. Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.
- 11 One Earth (2021): Critical Raw Materials and Sustainable Development in Africa. Interview with Antonio M. A. Pedro. In: One Earth, 4 (2021), 346–349. Critical materials and sustainable development in Africa: Antonio M.A. Pedro | Elsevier Enhanced Reader. Zuletzt abgerufen am 14.11.2022.

WASSERSTOFF – EIN TROJANISCHES PFERD? WIE INTERESSENGRUPPEN DIE WASSERSTOFFDEBATTE IN DER EU GEPRÄGT HABEN

Von
Clara Anzengruber

Hitzewellen, Überschwemmungen, Waldbrände, Stürme – die Häufung extremer Wetterereignisse zeigt drastisch, dass sich der Klimawandel zu einer der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts entwickelt hat. Nur eine entschlossene Klimaschutzpolitik kann steigende Temperaturen aufhalten und die damit verbundenen Schäden mildern. Wasserstoff hat sich zum Schlüssel der Energiewende entwickelt. Doch welchen Einfluss hatten Interessengruppen dabei?

Die Erzeugung und Nutzung von Energie verursacht 75% der derzeitigen EU-Treibhausgasemissionen. Wasserstoff gilt als Hoffnungsträger für ein sauberes Energiesystem.

Ende 2019 reagierte die EU auf den Klimawandel mit der Verabschiedung des Europäischen Green Deal, der eine klimaneutrale EU bis 2050 zum Ziel hat. Da die Produktion und Nutzung von Energie 75% der derzeitigen EU-Treibhausgasemissionen verursacht, ist ein Übergang zu einem sauberen Energiesystem unabdingbar.¹ Wasserstoff gilt hier als Hoffnungsträger. Nicht nur EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sieht in Wasserstoff den Schlüssel zu einer klimaneutralen Wirtschaft², auch die International Energy Agency fordert Regierungen auf, Wasserstoff rasch in ihren Energiemix aufzunehmen.³ So soll bis 2050 der Anteil von Wasserstoff im europäischen Energiemix von derzeit 2% auf 14% steigen.⁴

Wasserstoff = nachhaltig?

Wasserstoff verbrennt emissionsfrei, er kann im Gegensatz zu Strom langfristig gespeichert werden und hat das Potenzial, Sektoren wie die Schwerindustrie, den Schwerlastverkehr, die Schiff- und Luftfahrt zu dekarbonisieren. Also jene Bereiche in denen eine Elektrifizierung technisch unmöglich ist. Allerdings kommt Wasserstoff in der Natur nicht isoliert, sondern nur in gebundener Form vor. Um ihn also zu nutzen, müssen die Verbindungen zunächst getrennt werden. Dies ist von großer Bedeutung, denn obwohl Wasserstoff mit erneuerbaren Ener-

gien wie Wind und Sonne mit erheblichen Energieverlusten erzeugt werden kann (sogenannter grüner Wasserstoff), wird Wasserstoff derzeit zu 96% mit fossilen Energien hergestellt (sogenannter grauer Wasserstoff).⁵ Fängt man die bei grauem Wasserstoff entstehenden Kohlenstoffemissionen durch Carbon Capture Storage and Utilisation (CCSU)-Technologien ab, spricht man von blauem Wasserstoff. Diese Technologie ist jedoch umstritten, da sie einerseits noch nicht im kommerziellen Maßstab erprobt und produziert wird. Andererseits zeigen Studien, dass blauer Wasserstoff über die gesamte Lieferkette hinweg mehr Emissionen verursacht als die direkte Verbrennung von Erdgas.⁶

Aktive Interessengruppen in der EU-Wasserstoffdebatte

Das Thema Wasserstoff bewegt und spaltet. Während die einen in Wasserstoff den Energieträger der Zukunft sehen und seine einzigartigen Eigenschaften loben, warnen andere davor, dass die fossile Energiewirtschaft Wasserstoff als Chance nutzen könnte, ihr traditionelles Geschäftsmodell fortzuführen. In diesem Zusammenhang wird auch auf mögliche Lock-in-Effekte in die weitere Nutzung von fossilem Erdgas bei grauem oder blauem Wasserstoff verwiesen. Welche Interessengruppen mischen

Wasserstoff kann mit erneuerbarer Energie erzeugt werden, derzeit wird Wasserstoff jedoch zu 96% aus fossilen Energien hergestellt.

also in der EU-Debatte rund um Wasserstoff mit? Aus der Analyse der 279 Rückmeldungen zur öffentlichen Konsultation zur EU-Wasserstoff-Strategie lassen sich zehn Kategorien von besonders aktiven Interessengruppen unterscheiden.

Interessengruppen bemühen sich um Einfluss in der Wasserstoffdebatte. Ihre Positionen und ihre Zugangsmöglichkeiten zur EU-Kommission unterscheiden sich erheblich.

Die ersten beiden Kategorien sind Energieversorger, die die Energie für die Wasserstoffherzeugung produzieren: einerseits Erzeuger fossiler Energie, also Unternehmen der Erdgasindustrie und andererseits Erzeuger erneuerbarer Energie, also Betreiber von Photovoltaik-, Wind-, Wasserkraft- und Biomasseanlagen. Die dritte Kategorie sind Anbieter von Wasserstofftechnologien. Gasnetzbetreiber bilden die nächsten beiden Kategorien, nämlich jene, die für die Verteilung von Energie an Privathaushalte (DSOs) zuständig sind und jene, die für die grenzüberschreitende Übertragung (TSOs) zuständig sind. Die Hauptendverbraucher von Wasserstoff bilden drei weitere Kategorien von Interessengruppen:

- **Der Industriesektor** mit Stahl-, Chemie-, Kraftstoff- und Düngemittelunternehmen;
- **der Verkehrssektor** mit Luftfahrt, Schifffahrt, Schwerlast- und Individualverkehr sowie
- **der Gebäudesektor** mit Unternehmen, die Wasserstoff z.B. zum Heizen, Kühlen und für den Strombedarf in Gebäuden verwenden.

Zusätzlich zu diesen Akteuren der Wasserstoff-Wertschöpfungskette sind Umwelt-NGOs und Hydrogen Europe zwei weitere Interessengruppen-Kategorien. Letzterer ist ein Verband der 348 Unternehmen und Organisationen vertritt, die sich mit Wasserstoff beschäftigen. Darin bilden Wirtschafts- und Industrieunternehmen die Mehrheit (280).⁷

Wasserstoff polarisiert

Erwartungsgemäß unterscheiden sich diese zehn Interessengruppen maßgeblich in ihrer Position zur Frage, welche Richtung die EU bei Wasserstoff einschlagen soll. Besonders prallen die Meinungen zu den Fragen „Wie und mit welcher Art von Energie soll Wasserstoff erzeugt werden?“ und „Für welche Sektoren soll Wasserstoff genutzt werden?“ aufeinander.

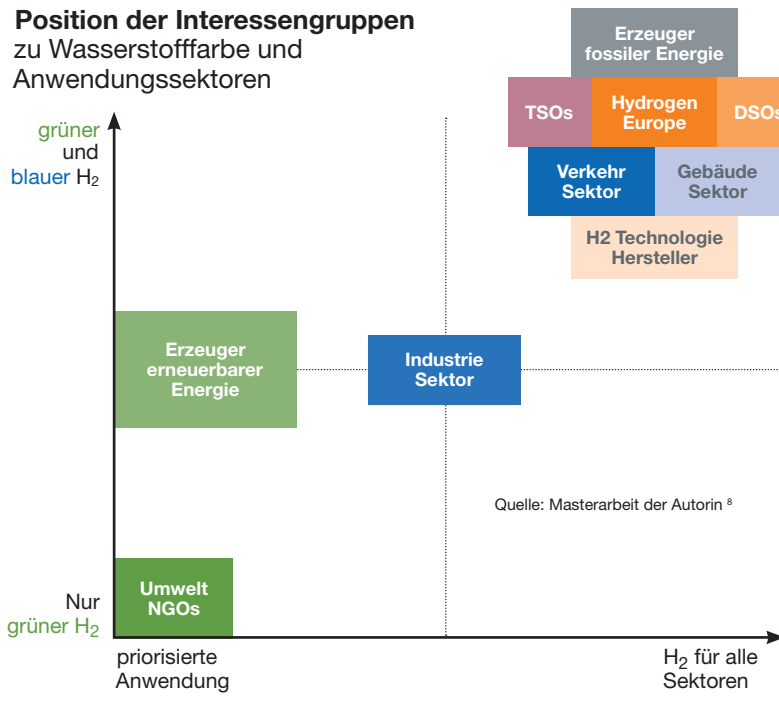
Umwelt-NGOs sehen nur grünen Wasserstoff als Option und sind eindeutig gegen blauen Wasserstoff und den Einsatz von CCSU-Technologien. Auch die Hersteller erneuerbarer Energien plädieren dafür, zumindest den Fokus auf grünen Wasserstoff zu legen. Abgesehen von diesen beiden Interessengruppen fordern alle anderen, dass sowohl grüner als auch blauer Wasserstoff zumindest in der Anfangsphase durch eine EU-Wasserstoffstrategie unterstützt wird. Das Schlagwort lautet hier, einen „technologieoffenen“ Ansatz zu verfolgen.

Bei der Frage in welchen Sektoren Wasserstoff genutzt werden soll, sprechen sich NGOs und Erzeuger erneuerbarer Energien dafür aus, Wasserstoff nur in schwer dekarbonisierbaren Sektoren wie der Schwerindustrie, dem Schwerlastverkehr, der Schifffahrt und Luftfahrt einzusetzen. Im Gegensatz dazu sehen die meisten anderen Interessengruppen einen breiteren Markt für Wasserstoff. Hydrogen Europe, Erzeuger fossiler Energie, Gasnetzbetreiber und der Bausektor befürworten ausdrücklich die Nutzung von Wasserstoff in Wohn- und Gewerbegebäuden, im Straßenverkehr und im Stromsektor.

Ungleicher Zugang zur Europäischen Kommission

Da die Entscheidungen der Europäischen Kommission zu diesen Fragen maßgeblich

Wasserstoff – ein trojanisches Pferd? Wie Interessengruppen die Wasserstoffdebatte in der EU geprägt haben

Position der Interessengruppen zu Wasserstofffarbe und Anwendungssektoren


Beobachtungszeitraums (Dezember 2019 bis Mai 2022) jeweils 32 und 21 Treffen mit Mitgliedern der Kommission. Im Gegensatz dazu sind die Akteure der Kategorie Umwelt-NGOs und Erzeuger erneuerbarer Energie in nur einem einzigen Beratungsgremium vertreten und hatten jeweils nur 13 bzw. 12 Treffen.⁹

„Erfolgsgeschichte“ Wasserstoff

Die Debatte über Wasserstoff als sauberer Energieträger ist nicht neu: Bereits 2002 wurde in der EU eine Expert:innengruppe dazu gegründet. Jedoch erst seit 2020 kommt Dynamik hinein: Wasserstoff wuchs von einem kaum beachteten Thema zu einem Eckpfeiler der Energiewende heran. Und obwohl Wasserstoff derzeit weniger als 2% im EU-Energiemix ausmacht, setzt die Kommission große Hoffnungen in Wasserstoff. Analysiert man diese Entwicklung, so zeigt sich, dass dieser Erfolg und die Tatsache, dass Wasserstoff zu einer Priorität der EU wurde, nicht nur auf sinkende Kosten für erneuerbaren Strom, technologische Verbesserungen und die Notwendigkeit eines Speichermediums wie Wasserstoff für die volatile erneuerbare Stromerzeugung zurückzuführen sind. Auch die intensive Lobbyarbeit von Produzenten fossiler Energie, Gasnetzbetreiber und Hydrogen Europe hat ihren Beitrag dazu geleistet. Denn als die Europäische Kommission den Green Deal Ende 2019 vorstellte, wurde Wasserstoff zwar dreimal im Kontext anderer wichtiger Initiativen erwähnt, es war jedoch nicht erkennbar, dass sich Wasserstoff zum Schlüssel der Dekarbonisierung der Wirtschaft entwickeln würde. Erst der unermüdliche Druck seitens einzelner Interessengruppen auf die EU-Kommission hievte Wasserstoff prioritär auf die EU-Agenda.¹⁰

Während Erzeuger fossiler Energie und Hydrogen Europe in mehreren beratenden EU-Gremien zu Wasserstoff vertreten sind, haben Umwelt-NGOs und Erzeuger erneuerbarer Energie nur in einem einzigen Beratungsgremium einen Platz.

den Erfolg von Unternehmen in den genannten Interessengruppen bestimmen, bemühen sich diese aktiv den Entscheidungsprozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Diesen Einfluss zu quantifizieren, ist jedoch kein leichtes Unterfangen, da man nie genau weiß, ob eine Konvergenz zwischen den Präferenzen der Interessengruppen und den politischen Entscheidungen tatsächlich durch die Lobbyarbeit erfolgte. Für eine diesbezügliche Annäherung ist ein erster Indikator für den Einfluss der Zugang der einzelnen Interessengruppen zu den EU-Institutionen. Dieser manifestiert sich in der Anzahl an beratenden EU-Gremien, in welchen die Akteure der Interessengruppen Mitglied sind und in der Anzahl an Treffen zwischen den einzelnen Akteuren der Interessengruppen und Mitgliedern der Europäischen Kommission zum Thema Wasserstoff. Hier gibt es klare Unterschiede zwischen den Interessengruppen. Fast alle Akteure der Kategorie der Erzeuger fossiler Energie und Hydrogen Europe sind in mehreren beratenden EU-Gremien zu Wasserstoff (z.B. Clean Hydrogen Alliance, Clean Hydrogen Undertaking, Zero Emission Platform) vertreten, und sie hatten während des

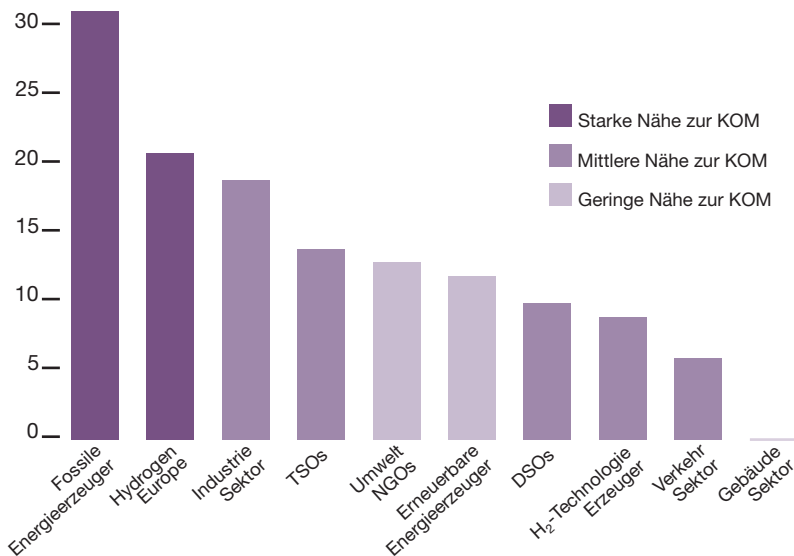
Ambitionierte Ziele

Im Juli 2020 wurde dann die Wasserstoff-Strategie samt ambitionierter Ziele vor-

Wasserstoff – ein trojanisches Pferd? Wie Interessengruppen die Wasserstoffdebatte in der EU geprägt haben

Anzahl an Treffen zwischen den einzelnen Akteuren der Interessengruppen und Mitgliedern der Europäischen Kommission (KOM) zum Thema Wasserstoff

Quelle: Integrity Watch EU (2022)



Beobachtungszeitraum Dezember 2019 bis Mai 2022

Die bedingungslosen Befürworter von Wasserstoff konnten wichtige Erfolge erzielen. Umwelt-NGOs und Erzeuger erneuerbarer Energie hatten hingegen das Nachsehen.

gestellt: Bis 2024 soll die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff in der EU auf 1 Mio. Tonnen und bis 2030 auf bis zu 10 Mio. Tonnen ansteigen und so fossilen und CO₂-armen Wasserstoff in großem Maß ersetzen. Der Einfluss mancher Interessengruppen ist im Entstehungsprozess der Strategie klar erkennbar. Der durchgesickerte Strategientwurf legte den Schwerpunkt noch klar auf grünen Wasserstoff, blauem Wasserstoff wird nur beim Übergang eine Rolle beigemessen.¹¹ Die vorgestellte finale Strategie jedoch bleibt viel allgemeiner und definiert nicht ausdrücklich, welche Farbe von Wasserstoff wofür zur Anwendung kommen soll. Außerdem befürwortet und unterstützt die Europäische Kommission eindeutig blauen Wasserstoff bis 2030. Dies spiegelt sich in der Investitionsagenda der Wasserstoffstrategie wider, die hohe Investitionen nicht nur in Elektrolyseure und die Produktion erneuerbarer Energien vorsieht, sondern auch in blauen Wasserstoff und die Nachrüstung bestehender Anlagen mit CCSU-Technologien. Bezüglich der Frage, wo Wasserstoff eingesetzt werden soll, bleibt die EU-Kom-

mission sehr vage. Einerseits sieht sie die Industrie (Raffinerien, Ammoniak-, Methanol- und Stahlproduktion) und den Verkehr (leichte und schwere Fahrzeuge) als die wichtigsten Endverbraucher, andererseits lässt sie die Tür offen für die Nutzung von Wasserstoff bei der Beheizung von Wohn- und gewerblichen Gebäuden.⁴

Interessengruppen der Wirtschaft haben sich durchgesetzt

Man erkennt, dass das Lobbying der bedingungslosen Befürworter:innen von Wasserstoff, allen voran Hydrogen Europe, Erzeuger fossiler Energie und Gasnetzbetreiber gefruchtet hat. Wasserstoff wurde als saubere Energiequelle etabliert, blauer Wasserstoff wird durch die EU-Kommission mittelfristig unterstützt, und es hat sich ein flexibler Ansatz hinsichtlich der Sektoren, in denen Wasserstoff eingesetzt werden soll, durchgesetzt. NGOs und Erzeuger erneuerbarer Energie können zwei Entscheidungen als Erfolge verzeichnen. So legt die EU-Kommission einerseits den langfristigen Schwerpunkt auf grünen Wasserstoff und plant andererseits die Einführung vergleichsweise strenger Kriterien, um Wasserstoff letztendlich als „erneuerbar“ deklarieren zu können. Letzteres ist für Umwelt-NGOs bedeutend, da sie mit strengen Kriterien vermeiden wollen, dass die erhöhte Wasserstoffproduktion dazu führt, dass grüner Strom von jenen Bereichen abgezweigt wird, wo grüner Strom effizient zur Elektrifizierung beiträgt.

Coronakrise als Booster für Wasserstoff

Wasserstoff erfuhr auch durch NextGenerationEU, das wichtigste EU-Instrument zur Bewältigung der Coronakrise, starken Auftrieb. Die Voraussetzung für die Zusage von Mitteln aus dem EU-Recovery and Resilience Facility-Topf ist, dass in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen mindestens

Wasserstoff – ein trojanisches Pferd? Wie Interessengruppen die Wasserstoffdebatte in der EU geprägt haben

**Wasserstoff-
fuhr durch Next-
GenerationEU,
das wichtigste
EU-Instrument
zur Bewältigung
der Coronakrise,
starken Auftrieb.**

37% der geplanten Investitionen in den Klimaschutz fließen.¹² Wasserstoff spielt hier stets eine wichtige Rolle. Während einige Länder ausschließlich auf grünen Wasserstoff setzen, fokussieren andere Länder Wasserstoff aus fossilen Quellen und planen die Verwendung von Wasserstoff in Sektoren, die leicht dekarbonisierbar wären, wie zB die Beheizung von Wohngebäuden.¹³ Die prominente Stellung von Wasserstoff in den nationalen Plänen ist ganz im Sinne von Hydrogen Europe und Erzeuger fossiler Energie. Mit Wasserstoff könne man nicht nur die wirtschaftliche Erholung nach der Coronakrise in Gang setzen, sondern auch die Klimakrise lösen. Produzenten fossiler Energie begrüßen die umfangreichen Investitionen in CCSU-Projekte. Ihre „Shovel-Ready-Projekte zur CO₂-Infrastruktur“ würden Europas künftige Industriekapazitäten sichern und

größere Firmenschließungen und Arbeitsplatzverluste in Zeiten einer drohenden wirtschaftlichen Rezession verhindern.¹⁴

Fazit

Die EU-Debatte zu Wasserstoff hat sich zunehmend auf die Interessen der Wirtschaft verlagert. Dabei konnten sich die bedingungslosen Befürworter:innen von Wasserstoff, allen voran Hydrogen Europe, Erzeuger fossiler Energie und Gasnetzbetreiber, durch gezieltes Lobbying durchsetzen: Wasserstoff wurde als saubere Energiequelle etabliert, sogar blauer Wasserstoff wird durch die Europäische Kommission mittelfristig unterstützt. Damit hat sich ein sehr flexibler Ansatz hinsichtlich der Sektoren, wo Wasserstoff eingesetzt werden soll, durchgesetzt. Die intensive Korrespondenz zwischen der Europäischen Kommission und



BESTELLEN!

Unter <https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der Infobrief EU & Internationales erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

Wasserstoff – ein trojanisches Pferd? Wie Interessengruppen die Wasserstoffdebatte in der EU geprägt haben

Es bleibt zu hoffen, dass Wirtschaftsakteur:innen sich nicht nur deswegen so stark für Wasserstoff einsetzen, weil sie darin die Chance sehen, ihr Geschäftsmodell ohne grundlegenden Umbau weiterführen zu können.

diesen Interessengruppen legt nahe, dass ihr Einfluss erfolgreich war. Umwelt-NGOs und Erzeuger erneuerbarer Energien fanden bei der Durchsetzung ihrer Interessen vergleichsweise wenig Gehör.

Warum sich die verschiedenen Interessengruppen so stark für Wasserstoff einsetzen, ist fraglich, der Vergleich zum trojanischen Pferd drängt sich aber auf. Es bleibt zu hoffen, dass Wirtschaftsakteur:innen Wasserstoff nicht nur deswegen so vehement vorantreiben, weil sie darin die Chance sehen, ihr Geschäftsmodell ohne grundlegenden Umbau weiterführen zu können. So ist die Verwendung von grünem Wasserstoff in

schwer dekarbonisierbaren Sektoren richtig und wichtig, bei blauem und grauem Wasserstoff verhält es sich jedoch völlig anders. Die EU darf sich nicht vom Wasserstoff-Hype der Unternehmen verleiten lassen, Wasserstoff als Allheilmittel für ein klimaneutrales Energiesystem zu sehen.

Clara Anzengruber, BMK
clara.anzengruber@bmk.gv.at

Die Grundlage für diesen Artikel ist die Masterarbeit der Autorin. Weiters erfolgte die Analyse der Positionen der Interessengruppen vor der russischen Invasion in die Ukraine, welche besonders im Hinblick auf Wasserstoff aus fossilen Quellen (Gas) relevant ist.

Quellenverzeichnis

- 1 Europäische Kommission (n.d.[a]). Europäischer Grüner Deal. https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de. (abgerufen am 25.03.2022).
- 2 von der Leyen, Ursula (2021). Tweet vom 29. November 2021. <https://twitter.com/vonderleyen/status/1465295052687745026>. (abgerufen am 11.03.2022).
- 3 International Energy Agency (2022). Global Hydrogen Review 2021. <https://www.iea.org/reports/global-hydrogen-review-2021>. (abgerufen am 25.03.2022).
- 4 Europäische Kommission (2020a). Eine Wasserstoffstrategie für ein klimaneutrales Europa. COM (2020) 301 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0301>.
- 5 World Energy Council (2019). "New Hydrogen Economy - Hope or Hype." In: Innovation Insights Brief 2019. <https://www.worldenergy.org/assets/downloads/WEInsights-Brief-New-Hydrogen-economy-Hype-or-Hope-ExecSum.pdf>.
- 6 Howarth, Robert W./Jacobson, Mark Z. (2021): How green is blue hydrogen? In: Energy Science & Engineering 9(10), 1676–1687. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/ese3.956>.
- 7 Hydrogen Europe (n.d.). <https://hydrogeneurope.eu/members-locations/>. (abgerufen am 25.03.2022).
- 8 Anzengruber, Clara (2022). Hydrogen - a Trojan Horse? Analysis of how interest groups shaped the EU hydrogen debate [unv. Masterarbeit]. Wirtschaftsuniversität Wien.
- 9 Integrity Watch EU (2022). Integrity Watch – Commission Meetings. <https://data.integritywatch.eu/>. (abgerufen am 31.05.2022).
- 10 AsktheEU (2020c). Access to Documents related to the Hydrogen strategy July 2020 - a batch request. https://www.asktheeu.org/en/info_request_batch/8. (abgerufen am 10.05.2022).
- 11 Europäische Kommission (2020b). Leak: Towards a hydrogen economy in Europe: a strategic outlook.
- 12 Europäische Kommission (n.d.[b]). Aufbau- und Resilienzfähigkeit. https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/recovery-coronavirus/recovery-and-resilience-facility_de. (abgerufen am 12.04.2022).
- 13 Climate Action Network, CEE Bankwatch Network (2022). Reaching for a green recovery. What holds back progress in ten EU recovery and resilience plans. 2022_02_Reaching-for-a-green-recovery.pdf (bankwatch.org)
- 14 AsktheEU (2022b). Access to documents related to hydrogen. Request to DG Energy. https://www.asktheeu.org/en/request/access_to_documents_related_to_t_2. (abgerufen am 10.05.2022).

KRISENMODUS IN EUROPA: EU-KOMMISSION SCHLÄGT NOTFALLINSTRUMENT FÜR DEN EU-BINNENMARKT VOR RECHTSVORSCHLAG GEFÄHRDET ARBEITSRECHTLICHE STANDARDS UND DAS STREIKRECHT

Mit Beginn der Herbstsaison 2022 hat die Europäische Kommission Maßnahmen zur Bekämpfung von Krisen in den EU-Volkswirtschaften vorgestellt. Mit dem Schritt geht die Kommission zumindest ein kleines Stück vom Glauben an die vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarkts sowie ihre Fähigkeit zur Selbstregulierung und Selbstheilung ab. Was die Kommission bei den Regeln zum Binnenmarkt (leider erneut) außer Acht lässt, sind aber die Rechte der Beschäftigten. Zurecht hagelt es entschiedene Proteste seitens der Arbeitnehmer:innenvertretungen gegen den Vorschlag, denn Arbeitsrechtsstandards und das Streikrecht sind in Gefahr.

Von Frank Ey

Die Schwächen des EU-Binnenmarkts

Anlass für den Vorschlag über ein Notfallinstrument für den EU-Binnenmarkt (SMEI)¹ war die COVID-19-Krise, die die Schwächen der Binnenmarktphilosophie deutlich machte. Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes rückten gegenüber dem nationalstaatlichen Handeln in den Hintergrund und wurden zugunsten einzelstaatlicher Aktionen außer Kraft gesetzt. Einschränkungen für Berufspendler:innen, Exportverbote und Grenzkontrollen waren nur einige der negativen Auswirkungen in der Europäischen Union.

Der liberalen Binnenmarktphilosophie fehlt es an Lösungskonzepten in Krisenzeiten.

COVID-19 war in der jüngeren Vergangenheit aber bei weitem nicht die einzige Krise, die den Glauben in die Freiheiten des Binnenmarktes erschütterte: Zu erwähnen sind die Finanz- und die Eurokrise, die Lieferkettenkrise oder die Energiekrise.

Neben Kurskapriolen war und ist die Versorgung mit sensiblen Gütern zum Problem geworden. Fehlende Halbleiter haben dazu geführt, dass die Produktion von Waren wie Kraftfahrzeugen gedrosselt bzw. stillgelegt werden musste. Apotheker:innen und Ärzt:innen schlugen Alarm, weil es an dringend notwendigen Medikamenten fehlt, die

aufgrund der Staus an den Containerhäfen noch immer nicht aus Indien eingetroffen sind. Die Lebensmittelbranche wiederum ist nicht nur aufgrund stark gestiegener Energiepreise unter Druck, sondern auch aufgrund knapper werdender Zutaten wie beispielsweise Sonnenblumenöl aus der Ukraine. Im Energiesektor fehlt es wiederum an wichtigen Teilen von Photovoltaikanlagen wie Wechselrichtern und den nötigen Speichern.

Auf Krisensituationen nicht eingestellt

Die an wirtschaftspolitischen Interessen ausgerichtete liberale Binnenmarktpolitik hat kein Konzept, wenn es um Krisen geht. Es bedarf einer Neuausrichtung des EU-Binnenmarkts – darauf hat die AK in den letzten Jahren bereits mehrmals hingewiesen².

Hinzu kommen weitere Fehler aus den letzten Jahrzehnten, die die Europäische Union nun einholen: Statt auf Versorgungssicherheit innerhalb der Union zu setzen, wurde insbesondere auf Wettbewerb und Renditenmaximierung gesetzt. Das hat dazu geführt, dass zahlreiche Unternehmen ihre Güter nicht mehr im EU-Binnenmarkt pro-

Notfallinstrument für den EU-Binnenmarkt: Rechtsvorschlag gefährdet arbeitsrechtliche Standards

Die Europäische Union muss für Versorgungssicherheit sorgen, statt Wettbewerbs- und Renditenmaximierung zu setzen.

duzieren, sondern die Herstellung in kostengünstigere Drittländer verlagert oder dorthin verkauft haben. Menschenrechte, Arbeitsbedingungen, Umweltstandards spielen in vielen Drittländern keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Viele der Länder, in die die Produktion westlicher Waren verlagert wurden, sind zudem Autokratien und Diktaturen. Ein Umstand, der zwar bekannt war, sich aber bis heute den sehr einschlägigen Wirtschaftsinteressen unterordnen muss.

Notfallinstrument für den Binnenmarkt als Retter in der Not?

Mit dem nun vorgestellten Gesetzespaket, bestehend aus zwei Verordnungen und einer

Richtlinie³, soll für Notfälle vorgebaut werden. Es sind drei Krisenstufen vorgesehen:

In Stufe 1, wenn keine Krisensituation besteht, sollen Strukturen wie ein Frühwarnsystem geschaffen werden, um bei der Entwicklung eines Notfalls rasch reagieren zu können.

Stufe 2, die sogenannte Binnenmarktüberwachung, wird aktiviert, wenn Probleme am Binnenmarkt festzustellen sind. Lieferketten von strategisch wichtigen Waren und Dienstleistungen sollen dann überwacht und Reserven aufgebaut werden. Grundsätzlich sollen auch Maßnahmen zur vereinfachten Beschaffung getroffen werden können.

Stufe 3 schließlich kommt bei einem Binnenmarktnotfall zur Anwendung, wenn eine konkrete Krise bei Gütern und Dienstleistungen besteht, z.B. diese nicht oder nur schwer beschafft werden können. Neue „Beschränkungen“ für den freien Binnenmarkt soll es während dieser Phase laut Kommission nicht geben dürfen. Die Mitgliedstaaten erhalten Empfehlungen bezüglich der Bereitstellung von krisenrelevanten Waren, auch die Erweiterung oder Umwidmung von Produktionsanlagen ist möglich. Genehmigungsverfahren können zudem beschleunigt werden. Die Kommission kann die krisenrelevanten Güter auch selbst im Namen der Mitgliedstaaten beschaffen. Im äußersten Fall ist es auch möglich konkrete Informationen von Unternehmen einzufordern und die Betriebe zur Durchführung vorrangiger Bestellungen zu veranlassen. Auch gezielte Ausnahmen von harmonisierten Produktvorschriften wären in solchen Situationen möglich.

Begleitet werden sollen die Stufen 2 und 3 von einer Beratungsgruppe, die aus Vertre-



Die Stimme der österreichischen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen für ein gerechtes Europa in allen Belangen.

@AK_EU_Int

ter:innen der Kommission und der Mitgliedstaaten besteht. Beobachter:innen wie die Sozialpartner können hinzugezogen werden.

Der Teufel steckt im Detail: Bedrohtes Streikrecht

Was auf den ersten Blick begrüßenswert klingt, lässt bei einer detaillierten Analyse allerdings die Alarmglocken schrillen:

Die geplanten Regelungen könnten das Streikrecht sowie arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen infrage stellen: Gerade die sogenannte „Erdbeer“-Verordnung, die das Recht auf Kampfmaßnahmen seitens der Arbeitnehmer:innenvertretungen in Artikel 2 enthält, wird in dem neuen Gesetzespaket gestrichen. Zudem hält die Kommission fest, dass es im Krisenmodus keine neuen Beschränkungen am Binnenmarkt geben darf. Vor dem Hintergrund der EuGH-Judikatur wird der Begriff der Beschränkungen jedoch sehr weit ausgelegt: Demnach wäre fast das gesamte Arbeits- und Sozialrecht erfasst. Derartige Regeln sind aus AK- und Gewerkschaftssicht strikt abzulehnen.⁴

Auch die Beratungsgruppe ist mit Skepsis zu sehen. Die Entscheidungen werden

von Vertreter:innen der Mitgliedstaaten und der Kommission getroffen. Die Sozialpartner und andere haben nur den Status als Beobachter:innen. Gerade die Mitglieder der Sozialpartner stehen in der Frage des Binnenmarkts aber in der Mitte des Geschehens und müssen aus AK-Sicht mit Stimmrecht voll eingebunden werden, was bislang nicht vorgesehen ist.

Insgesamt ist das gesamte Vorhaben mit großer Vorsicht zu sehen: Erneut wird das Modell des freien Binnenmarkts in das Zentrum gerückt und alles im Umfeld davon angepasst. Notwendig jedoch wäre eine komplette Neuausrichtung des Binnenmarkts, die sich an Art 3(3) des EU-Vertrags orientiert und Vollbeschäftigung, Versorgungssicherheit in der EU gewährleistet sowie ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum in einer sozialen Marktwirtschaft vorsieht. Bis dahin dürfte es jedoch noch ein weiter Weg sein und die Skepsis bzw ablehnende Haltung der Arbeitnehmer:innenorganisationen ist ausgehend vom Kommissionsvorschlag völlig berechtigt.

Eine detaillierte Analyse des Notfallinstruments lässt die Alarmglocken schrillen: Das Streikrecht darf nicht ausgehebelt werden.

Frank Ey, AK Wien
frank.ey@akwien.at

1 Vgl. Notfallinstrument für den Binnenmarkt (SMEI) (europa.eu), 19. September 2022

2 BAK-Positionen „Bessere Umsetzung und Durchsetzung von Binnenmarktvorschriften“ vom Juni 2020 sowie Die neue Binnenmarktstrategie der Europäischen Union COM(2015) vom Jänner 2016

3 Vgl. COM(2022)459 - Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing a Single Market emergency instrument and repealing Council Regulation No (EC) 2679/98; COM(2022)461 - Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council [...] as regards emergency procedures for the conformity assessment, adoption of common specifications and market surveillance due to a Single Market emergency ; COM(2022)462 - Proposal for a directive of the European Parliament and of the Council [...] as regard emergency procedures for the conformity assessment, adoption of common specifications and market surveillance due to a Single Market emergency

4 Vgl. ETUC, SMEI: Right to strike still not protected, 19.9.22

DIE NEUE WACHSAMKEIT INVESTITIONSKONTROLLE IM UMBRUCH

Von
Stefan Mayr und
Oliver Prausmüller

Verschärfte geoökonomische Rivalitäten, COVID-19-Pandemie, Krieg in der Ukraine, zugespitzte Klimakrise: Die sogenannte „Polykrise“ scheint gekommen, um zu bleiben. Damit rücken Resilienz, Versorgungssicherheit und strategische Autonomie zunehmend in den Fokus. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Investitionskontrolle? Schreiten Regierungen bei Unternehmenskäufen in kritischen Bereichen wie z.B. Energie, Gesundheit oder Verkehrsinfrastruktur künftig mehr ein?

Insbesondere die COVID-19-Krise hat das Interesse an einer aktiveren staatlichen Außenwirtschaftspolitik nochmals merklich gesteigert.

Wer kauft sich da eigentlich ein? Diese Frage stellt sich nicht nur aktuell beim Flughafen Wien oder rund um Übernahmegegerüchte zum Öl- und Gasgeschäft der OMV¹. Mitten in der COVID-19-Krise machte die mögliche Übernahme deutscher Impfstoffhersteller:innen die deutsche Regierung hellhörig, zuletzt sorgte der Verkauf eines Hamburger Hafenterminals für Streit in der deutschen Ampelkoalition². Und schon davor hatte der Einkauf chinesischer Investor:innen in den strategisch wichtigen Hafen von Piräus ein Umdenken in Brüssel angestoßen.

Vor diesem Hintergrund haben zahlreiche Staaten in den letzten Jahren Schritte gesetzt, die ihnen erlauben, genauer hinzusehen, wenn ausländische Investor:innen Anteile an gesellschaftlich zentralen Unternehmen erwerben wollen. Das betrifft insbesondere auch Bereiche der kritischen Infrastruktur³, die von der Telekommunikation über die Finanzwirtschaft, Gesundheitsversorgung und Verkehrsknotenpunkte bis hin zur Wasserversorgung reichen. Insbesondere die COVID-19-Krise das Interesse an einer aktiveren staatlichen Außenwirtschaftspolitik – und damit insbesondere auch an sog. „Investitionskontrollen“ und „FDI-Screenings“ – nochmals merklich gesteigert. Als etwa die Europäische Kommission im Frühjahr 2020 zu mehr Wachsamkeit aufrief⁴, ging es um mehr als den

unmittelbaren Schutz der medizinischen Versorgung oder Forschungsinfrastruktur (z.B. mit Blick auf Impfstoffe). Die Europäische Kommission brachte darüber hinaus die grundlegende Sorge zum Ausdruck, dass die COVID-19-Krise zu einer erhöhten wirtschaftlichen Verwundbarkeit führt. Sie appellierte daher an die Mitgliedstaaten, bestehende Investitionskontrollmechanismen „in vollem Umfang“ zu nutzen oder neue Prüfmechanismen einzuführen.

Zum einen hat die COVID-19-Krise daher den bereits vor der Pandemie erkennbaren Trend, Investitionskontrollen vorausschauend zum „Schutz in Krisenzeiten – und darüber hinaus“⁵ einzusetzen, weiter verstärkt. In diesem Zusammenhang ist auch deutlich geworden, dass der zuvor vielfach anzutreffende, enge Fokus auf Investitionsvorhaben chinesischer Investor:innen die weitaus umfangreicheren öffentlichen Schutzinteressen nicht adäquat abbildet. Zum anderen ist wohl auf absehbare Zeit davon auszugehen, dass die kriegsbedingt nochmals verschärfte „Polykrise“⁶ gekommen ist, um zu bleiben. Neben einer Zunahme geoökonomischer Rivalitäten mit Blick auf kritische Technologien, Ressourcen und Infrastrukturen gehen damit aber nicht zuletzt auch verstärkte Debatten über die Neubegründung öffentlichen Eigentums einher.⁷

Die neue Wachsamkeit: Investitionskontrolle im Umbruch



Beispiele für kritische Infrastruktur

Quelle/Grafik: [A&W Blog](#)

Gegenbewegung zu wirtschaftspolitischem Kontrollverlust

Die Debatte über Investitionskontrollen ist zudem eng mit einer Reihe weiterführender Fragen verknüpft. Diese betreffen etwa den Stellenwert öffentlichen strategischen Eigentums, die öffentliche Investitionsbereitschaft in kritischen Infrastrukturbereichen sowie die Neubewertung von staatlichen Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten angesichts transnationalisierter Kapitalflüsse. Der Trend zu verstärkten „Investment-Screenings“ stellt daher letztlich auch eine Gegenbewegung zum wirtschaftspolitischen Kontrollverlust dar, der aus der Privatisierung von staatlichem Eigentum und infrastrukturelevanten Unternehmen resultiert.⁸

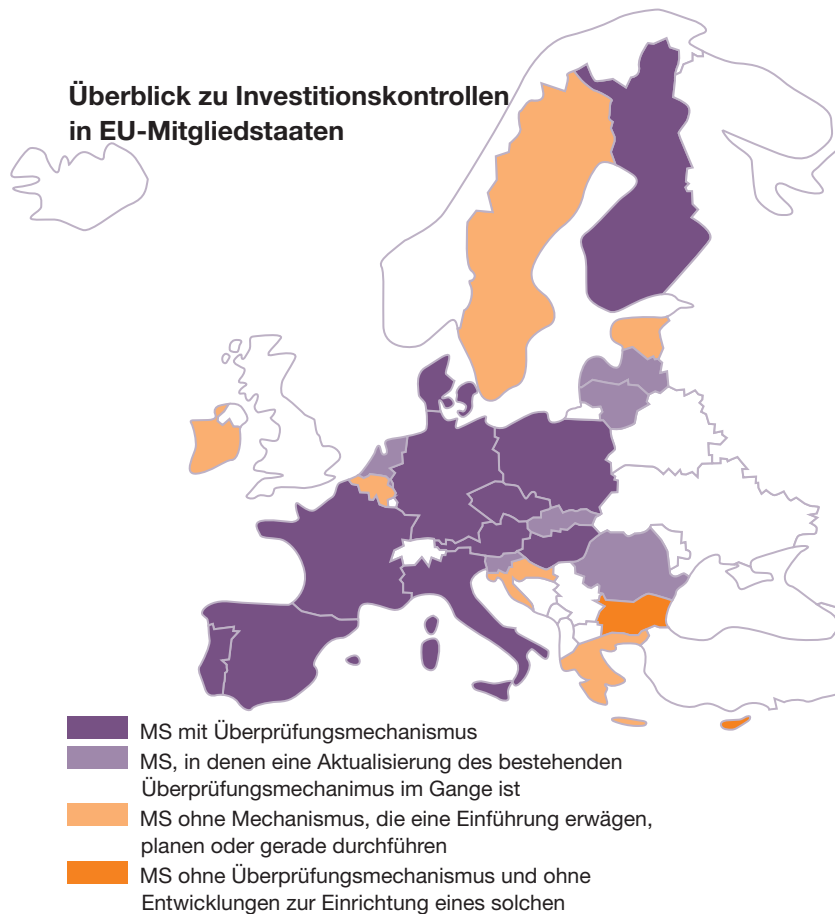
Allerdings ist zu beachten, dass der staatliche Handlungsspielraum bei Investitionskontrollen durch europarechtliche und wirtschaftsvölkerrechtliche Vorgaben zum Teil empfindlich eingeschränkt wird (z.B. zu denken ist etwa an die Kapitalverkehrsfreiheit oder internationale Freihandelsabkommen)⁹. Hinzu kommt, dass die neue wirtschaftspolitische Rolle des Staates gerade im Bereich der Investitionskontrollen Gegenstand eines laufenden Suchprozesses ist. Geht es

etwa „nur“ um kurzfristige notpragmatische Eingriffe ins Krisengeschehen, um eine sicherheitspolitisch „verkleidete“ Abwehr geoökonomischer Konkurrenz, oder soll den Schutzmaßnahmen künftig vielmehr ein erweitertes Verständnis von „Kritikalität“, „Systemrelevanz“ und öffentlichem Interesse zugrunde liegen? Dieses Spannungsfeld wird etwa deutlich, wenn die öffentliche Hand nach der Untersagung einer strittigen Übernahme die Frage nach weiterführenden Alternativen unbeantwortet lässt. Ähnliches gilt, wenn die Europäische Kommission einerseits zum verstärkten Schutz kritischer Infrastrukturen aufruft, jedoch andererseits an ihrer handelspolitischen Liberalisierungspolitik in Bereichen der Krisen- und Daseinsvorsorge festhält¹⁰.

Aufstieg eines neuen „Resilienz“-Paradigmas

Bemerkenswert ist jedenfalls, dass mittlerweile nicht nur weitaus offener über den Ausbau außenwirtschaftlicher Schutzmechanismen, sondern auch über gezielte Schritte in Richtung einer Deglobalisierung diskutiert wird¹¹. Das zeigt sich z.B. in aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen zum krisenbedingten Aufstieg eines neuen Resilienz-Paradigmas: Während die vorrangige Orientierung auf Marktliberalisierung zunehmend für ihren Beitrag zu erhöhter Krisenanfälligkeit kritisiert wird, rücken Motive wie die Stärkung gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit und ein alternatives Wohlstandsverständnis in den Vordergrund. Auch in einem Beitrag¹² auf der liberalen Medien-Plattform „Project Syndicate“ war unlängst etwa zu lesen, dass „die turbulente Welt von heute nach einem Wohlstand verlangt, der Schocks standhalten kann und die Grundlagen unserer Gesellschaften nicht untergräbt“ (eigene Übersetzung). Vor diesem Hintergrund überrascht

Die neue Wachsamkeit: Investitionskontrolle im Umbruch

**Überblick zu Investitionskontrollen
in EU-Mitgliedstaaten**


Quelle: EK (2022): Zweiter Jahresbericht über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU; Stand Juni 2022

es kaum, dass in den letzten Jahren in einer Reihe von wirtschafts- und handelspolitischen Bereichen verstärkt Reformdiskussionen Fahrt aufgenommen haben, die sich ganz im Sinne dieses neuen Resilienz-Paradigmas rund um Stichwörter wie „Versorgungssicherheit“, „Verwundbarkeit“, „Systemrelevanz“ oder auch „strategische Autonomie“ drehen¹³. Das Beispiel der COVID-19-Krise wirft aber auch die Frage auf, wie einzelne kurzfristige Maßnahmen zur Krisenabwehr in eine stimmige Gesamtstrategie übergeführt werden können. Das Spektrum möglicher Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz ist zweifellos weit: Von der Ausweitung staatlicher Kapitalbeteiligungen über den Ausbau von Gemeinwohlverpflichtungen und die Rückverlagerung von Produktion bis hin zu verschärften Investitionskontrollen¹⁴. Doch wie kann der Wandel vom Vorrang der Marktliberalisie-

rung, hin zur Aufwertung von Resilienz und öffentlicher Handlungsfähigkeit gelingen? Dieser Frage muss sich jedenfalls auch die österreichische Investitionskontrolle stellen.

Investitionskontrolle in Österreich: Alte Probleme, neue Herausforderungen

In Österreich geht die Genehmigungspflicht für bestimmte Beteiligungen an Unternehmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf das Jahr 2011 zurück. Eine entsprechende Regelung war damals im Eiltempo angesichts der geplanten Erhöhung der Anteile des Staatsfonds IPIC aus Abu Dhabi an der OMV AG geschaffen worden. Das brachte der neuen Bestimmung im damaligen Außenwirtschaftsgesetz auch den Beinamen „Lex OMV“¹⁵ ein. Nachdem eine geplante Novelle mit Platzen des Ibiza-Skandals ein jähes Ende fand, wurde im zweiten Anlauf 2021 ein neues Investitionskontrollgesetz geschaffen. Dieses sollte zum einen die Vorgaben der europäischen FDI-Screening-Verordnung umsetzen, die vor allem auch eine bessere Abstimmung der Mitgliedstaaten bei der Überprüfung von Investitionen aus sog. EU-Drittstaaten vorsieht (darunter fallen z.B. China, Russland, USA)¹⁶. Zum anderen betonte das neue Regierungsprogramm zur „Investitionskontrolle neu“, dass es nicht zu einem „Ausverkauf kritischer Technologie und Infrastruktur“ kommen dürfe. Im Sinne der „langfristigen Versorgungssicherheit Österreichs“ forderte zudem ein Allparteien-Beschluss im Zuge der COVID-19-Krise das Wirtschaftsministerium dazu auf, eine verbesserte Investitionskontrolle zügig umzusetzen. Aber welche Regelungen sieht die „Investitionskontrolle neu“ nun eigentlich vor? Und bieten diese gerade auch in außenwirtschaftlich bewegteren Zeiten wirksamen Schutz?

Wichtige Regelungen im Überblick

■ Anwendungsbereich und Prüfschwelle

Das Investitionskontrollgesetz¹⁷ kann im Ernstfall dazu führen, dass bestimmte Erwerbsvorgänge (insbesondere Übernahmen von Unternehmen bzw. der Erwerb gewisser Mindestanteile) erst von dem/der Wirtschaftsminister:in genehmigt werden müssen.

Vorgesehen ist, dass ausländische Direktinvestitionen in österreichische Zielunternehmen unter bestimmten Voraussetzungen einer Genehmigungspflicht unterliegen. Dafür ist zunächst maßgeblich, ob das Zielunternehmen in einem der im Gesetz näher aufgelisteten Bereiche tätig ist. Dabei unterscheidet das Investitionskontrollgesetz zwischen „besonders sensiblen Bereichen“ und „anderen Bereichen, in denen es zu einer Gefährdung der Sicherheit oder öffentlichen Ordnung einschließlich der Krisen- und Daseinsvorsorge (...) kommen kann“. Die besonders sensiblen Bereiche werden im Investitionskontrollgesetz abschließend genannt. Neben Verteidigungsgütern und -technologien zählen dazu das Betreiben kritischer Energieinfrastruktur sowie kritischer digitaler Infrastruktur, Wasser, das Betreiben von Systemen, die die Datensouveränität Österreichs gewährleisten und – derzeit noch – die Forschung und Entwicklung in den Bereichen Arzneimittel, Impfstoffe, Medizinprodukte und persönliche Schutzausrüstung. Der zuletzt genannte Bereich könnte jedoch den Status als „besonders sensibel“ schon nächstes Jahr verlieren, da die Klausel im Investitionskontrollgesetz mit einem Ablaufdatum versehen ist. Dieses wurde zuletzt immerhin um ein Jahr bis Ende 2023 verlängert. Begründet wurde das im zugehörigen Initiativantrag vom November wie folgt: „Vor allem die COVID-19-Krise, aber auch die Energiekrise und die

russische Invasion in der Ukraine haben den Bedarf nach dem Schutz der Versorgungssicherheit in besonders sensiblen Bereichen aufgezeigt und verdeutlichen die Relevanz der Aufrechterhaltung einer derartigen Regelung“¹⁸. Vor diesem Hintergrund stellt sich allerdings die Frage, weshalb die Regierung dennoch an der Auslaufklausel festhält und bloß das Ablaufdatum verschoben hat.

Die praktische Bedeutung der Einordnung als „besonders sensibler Bereich“ zeigt sich im Zusammenhang mit den Schwellenwerten, die eine Genehmigungspflicht auslösen. Entscheidend ist nämlich nicht nur, ob das Unternehmen in einem bestimmten Bereich tätig ist, sondern auch ob der/die Investor:in durch die Investition einen gewissen Mindestanteil am Unternehmen erwerben oder sonst einen beherrschenden Einfluss auf dieses erlangen würde. Während in diesen sogenannten „besonders sensiblen“ Bereichen eine Genehmigungspflicht bereits beim Erwerb eines Mindeststimmrechtsanteils von 10% greift, besteht diese in anderen kritischen Bereichen erst wenn ein Schwellenwert von 25% bzw. 50% erreicht bzw. überschritten wird. Der sehr enge Anwendungsbereich der 10%-Schwelle steht dabei in einem Spannungsverhältnis zur Zielsetzung, die Investitionskontrolle effektiver zu gestalten. Zudem ist zu betonen, dass die Regelung im Investitionskontrollgesetz deutlich hinter vergleichbaren Bestimmungen in anderen EU-Staaten zurückbleibt. So sieht etwa das deutsche Pendant¹⁹ eine weitgehende Senkung der Prüfeintrittsschwelle auf 10% vor.

■ Genehmigungsverfahren und Vermeidung von Umgehungen

Das Investitionskontrollgesetz sieht ein zweistufiges Prüfverfahren vor, das grundsätzlich auf Antrag des Investors/der Investorin eingeleitet wird. Darüber hin-

Das Beispiel der COVID-19-Krise wirft zugleich die Frage auf, wie einzelne kurzfristige Maßnahmen zur Krisenabwehr in eine stimmige Gesamtstrategie übergeführt werden können.

Die neue Wachsamkeit: Investitionskontrolle im Umbruch

Es geht letztlich auch um eine Gegenbewegung zum wirtschaftspolitischen Kontrollverlust, der aus der Privatisierung von staatlichem Eigentum und infrastrukturelevanten Unternehmen resultiert.

aus kann ein Genehmigungsverfahren aber auch amtswegig eingeleitet werden, wenn der/die Wirtschaftsminister/in von einer genehmigungspflichtigen Investition Kenntnis erlangt, für die kein entsprechender Genehmigungsantrag gestellt wurde. Hier unterscheidet sich das Investitionskontrollgesetz deutlich von der Vorgängerregelung im Außenwirtschaftsgesetz. Letztere ermöglichte dem/der Wirtschaftsminister:in, vereinfacht gesagt, auch bei zwischengeschalteten Erwerber:innen genauer zu prüfen: Im Fall eines Beteiligungserwerbs durch eine/n Drittstaatsinvestor:in mittels eines EU Investmentvehikels konnte daher von Amts wegen

eine Genehmigungspflicht vorgeschrieben werden. Dies setzte einen „begründeten Verdacht“ voraus, dass durch den Vorgang die Genehmigungspflicht gezielt umgangen werden sollte. Angesichts der strengen Anforderungen blieb die Bestimmung im Außenwirtschaftsgesetz aber weitgehend zahnlos. So wurde etwa der Beteiligungserwerb des mexikanischen Mobilfunkanbieters América Móvil an der Telekom Austria²⁰ über eine niederländische Tochtergesellschaft mangels eines „begründeten Verdachts“ keiner Investitionskontrolle unterzogen. Im Rahmen des Investitionskontrollgesetzes spielt eine allfällige Umgehungsabsicht hingegen keine Rolle. Potenzielle Umgehungen werden vielmehr dadurch unterbunden, dass auch der mittelbare Erwerb eines österreichischen Unternehmens durch eine/n Drittstaatsinvestor/in bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen einer Genehmigungspflicht unterliegt. Ein mittelbarer Erwerb liegt nach den Erläuterungen zum Investitionskontrollgesetz vor, „wenn der unmittelbare Vorgang von einer anderen Person getätigt wird als von jener, der dadurch der tatsächliche Einfluss auf das Zielunternehmen zukommt“.

Bevor die Argumente ausgehen.



A&W
blog

awblog.at

Flughafen Wien als „Stresstest“?

Ein aktuelles Beispiel bietet der Wiener Flughafen. War zunächst die Rede von einem australischen Pensionsfonds, stellte sich Ende des Sommers heraus, dass hinter dem unmittelbaren Investor eine wenig transparente Investmentgesellschaft mit Sitz auf den Cayman Islands steht²¹.

Diese hatte bereits im Jahr 2014 über die in Luxemburg ansässige Airports Group Europe einen Anteil am Flughafen Wien erworben. Da damals offenbar kein Umgehungsverdacht festgestellt wurde, spielte auch keine Rolle, dass hinter dem Unternehmen letztlich ein Fonds auf den Cayman Islands stand. Für die

Am Beispiel des Wiener Flughafens zeigt sich: Investitionskontrollen finden weitgehend in einer „Black Box“ statt. Der Öffentlichkeit bleiben Informationen zu konkreten Prüfvorgängen bislang verwehrt.

nun geplante Aufstockung des Anteils gelten aber andere Regeln. Da es sich unabhängig von der Zwischenschaltung eines in der EU ansässigen Unternehmens wohl um einen mittelbaren Erwerb durch eine/n Drittstaatsinvestor:in handelt, konnte das Wirtschaftsministerium unabhängig von einer allfälligen Umgehungsabsicht ein entsprechendes Genehmigungsverfahren einleiten. Während die Vermeidung von Umgehungen im Investitionskontrollgesetz daher vergleichsweise effektiver geregelt wurde, bleibt das Gesetz in puncto Transparenz weit hinter den Erwartungen zurück.

„Blackbox“ statt Transparenz

Investitionskontrollen finden weitgehend in einer „Black Box“ statt. Zwar sieht das Investitionskontrollgesetz die Veröffentlichung eines jährlichen Tätigkeitsberichts²² vor. Dieser weist allerdings lediglich wenig aussagekräftige, anonymisierte Daten aus. In puncto Transparenz brachte das Investitionskontrollgesetz im Vergleich zur Vorgängerregelung im Außenwirtschaftsgesetz zum Teil sogar Rückschritte und wird dem in einer demokratischen Gesellschaft bestehenden Informationsbedürfnis nicht gerecht. Die fehlende Transparenz führt zunehmend zur Kritik, dass es sich bei der Investitionskontrolle um eine Blackbox handelt, so auch ganz aktuell im Fall des Wiener Flughafens. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang auch: Im Rahmen des EU-weiten Kooperationsmechanismus, der im Investitionskontrollgesetz vorgesehen ist, werden regelmäßig umfangreiche Informationen zu laufenden Verfahren an die EK und anderen Mitgliedstaaten weitergegeben. Wäre es daher nicht zumindest angebracht, beispielsweise den Hauptausschuss des Nationalrats in das Genehmigungsverfahren einzubinden? Informationen zu konkreten Prüfvorgängen und die

Möglichkeit zur Stellungnahme bleiben diesem jedenfalls bislang verwehrt. Darüber hinaus sollte angesichts der betroffenen öffentlichen Schutzinteressen nicht weiter auf die Einbindung – wie es auch in der FDI-Screening-Verordnung²³ der EU heißt – von „Wirtschaftsteilnehmern, Organisationen der Zivilgesellschaft oder Sozialpartnern wie zum Beispiel Gewerkschaften“ verzichtet werden.

Ausblick

Im Ergebnis lässt sich festhalten: Das neue Resilienz-Paradigma verstärkt den Ruf nach der langfristigen Sicherung kritischer Infrastrukturen und Technologien. Investitionskontrollen sollen dabei einen vorausschauenden Schutz öffentlicher Interessen ermöglichen. In Österreich beseitigt das neue Investitionskontrollgesetz zwar einige Schwächen der in die Jahre gekommenen „Lex OMV“. Offene Baustellen bestehen jedoch weiter, etwa mit Blick auf die beschränkte Anwendbarkeit und die mangelnde Transparenz. Unterdessen nimmt die europäische Reformdiskussion zum Aufbau von Investitionskontrollen neuerlich Fahrt auf. In ihrem Arbeitsprogramm für 2023²⁴ kündigt die Europäische Kommission nach „zwei Jahren Erfahrung“ eine Überarbeitung der FDI-Screening-Verordnung an. Inhaltlich hat es die Ankündigung in sich: Künftig könnten so nicht nur ausländische Direktinvestitionen in der EU („inbound“), sondern auch die Investitionstätigkeiten europäischer Unternehmen außerhalb der EU („outbound“) unter die Lupe genommen werden. Das lässt nicht nur mehr geoökonomischen Konfliktstoff erwarten, etwa mit Blick auf die Kontrolle über kritische Technologien oder bei drohenden Produktionsverlagerungen. Investitionskontrollen könnten dann vielmehr auch die Sorgfaltspflichten von europä-

Das neue Resilienz-Paradigma verstärkt den Ruf nach der langfristigen Sicherung kritischer Infrastrukturen.

VON DER ZINSWENDE ZUR SCHULDENKRISE ALTBEKANNT UND ALTERNATIVLOS?

Von
Miriam Frauenlob

Die aktuellen ökonomischen Verwerfungen und die steigende Inflation führen nicht nur in den kapitalistischen Zentren zu akuten Problemen. Während der Globale Süden schon von der Pandemie härter getroffen wurde, haben auch die Instrumente, die jetzt zur Inflationsbekämpfung gewählt werden, ungleiche Folgen. Eine sinnvolle Wirtschaftspolitik müsste global orientiert sein, und nicht die wirtschaftliche und soziale Lage einzelner Staaten als Kollateralschaden betrachten.

Wenn Krise auf Krise trifft

Mit einem Krieg in Europa, Inflation im zweistelligen Bereich und sich zuspitzenden geopolitischen Spannungen, scheint die Tatsache, dass wir nach wie vor mit einer Pandemie konfrontiert sind, fast schon in den Hintergrund zu geraten. Dies liegt auch daran, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie global höchst ungleich verteilt sind. Insgesamt verloren 120 Millionen Menschen ihre Arbeit und der Schuldenstand vieler Staaten im Globalen Süden stieg ruckartig an. Die UNCTAD, die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung, analysierte zuletzt, dass rund 46 Staaten mit den steigenden Schulden, aber auch mit den steigenden Kosten der Schuldentilgung zu kämpfen haben. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen nennt zudem 54 Staaten mit heftigen Schuldenproblemen. Während diese Staaten nur 3% des globalen BIPs ausmachen, stellen sie 18% der globalen Bevölkerung und die Hälfte aller Menschen, die ohnehin schon in Armut leben¹. Der durchschnittliche Schuldenstand von Ländern der Peripherie stieg im Jahr 2020 auf 64%, verglichen mit 52% in den Jahren zuvor.²

In globalen Institutionen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) ist nach wie vor die orthodoxe ökonomische Perspektive etabliert, dass ein hoher Schuldenstand zumeist selbstverschuldet sei.

Daran hat sich in den letzten Jahren, anders als man vielleicht hoffen könnte, wenig verändert, wie auch Ökonom:innen des Netzwerkes Eurodad schreiben:³

Zwar wurde in den letzten Jahren zumindest rhetorisch das Gebot der Austerität hinten angestellt. Doch in der Praxis hat der IWF weiterhin Programme zum Schuldenabbau auf Kosten von Sozialausgaben gefordert. In einer Analyse des jährlichen Treffens von IWF und Weltbank, das diesen Oktober das erste Mal seit Ausbruch der Pandemie physisch stattfand, kamen die Ökonom:innen von Eurodad zu dem Schluss, dass sich diese „Lücke“ zwischen Theorie und Praxis in den Bretton Woods Institutionen IWF und Weltbank nun wieder geschlossen habe. Dies sei jedoch dadurch geschehen, dass sich die Rhetorik der IWFs wieder mehr seiner austeritätspolitischen Praxis angeglichen habe: Sparprogramme werden jetzt also auch wieder offen gefordert und als Antwort auf die steigenden Kosten durch Pandemie, Krieg und Krisen gesehen. Im Zentrum der Politik der Bretton Woods Institutionen stehen damit wenig überraschend nach wie vor fiskalische und monetäre Konsolidierung und nicht eine Korrektur ungleicher globaler Machtverhältnisse.

Dies lässt sich auch in den Antworten auf die multiplen Krisen der letzten Jahre beobachten und insbesondere in der Reaktion

Von der Zinswende zur Schuldenkrise: Altbekannt und alternativlos?

Die Hilfen waren zwar ausreichend, um ein akutes Schulden-domino zu verhindern, ändern jedoch nichts an den bestehenden Problemen. Spätestens gemeinsam mit der aktuellen Inflation sind die Probleme in vielen Ländern größer als zuvor.

auf die Covid-19 Pandemie. Zwar stellte der Internationale Währungsfonds 2021 mit sogenannten „Special Drawing Rights“, die faktisch rechtliche Verfügbarkeit über eine harte Währung bedeuten, Liquidität zur Verfügung. Langfristig bleiben aber dieselben Muster bestehen, nach denen die ungleichen ökonomischen Bedingungen in Nord und Süd wirtschaftspolitisch reproduziert werden. Special Drawing Rights sind grundsätzlich insofern spannend, als dass sie, anders als andere Hilfen vom Internationalen Währungsfonds, keine Schulden im Empfängerland darstellen und an keine Konditionalitäten (wie etwa Strukturreformen) gebunden sind. Insofern könnte man meinen, dass dies eine positive Wende in der Politik der Bretton-Woods Institutionen darstelle. Internationale Organisationen wie die UNCTAD warnen im Gegenzug jedoch davor, dass dies in gewohnter Manier „too little too late“ sei und die Verteilung der Special Drawing Rights de facto dazu führte, dass viele der hochverschuldeten

Länder nicht davon profitieren konnten.⁴ Zusammenfassend waren die Hilfen zwar ausreichend, um ein akutes Schuldendominio zu verhindern, langfristig ändern sie jedoch nichts an den bestehenden Problemen und spätestens gemeinsam mit der aktuellen Inflation sind die Probleme in vielen Ländern größer als zuvor.

Währungshierarchien und Weltgeld

Noch sind wir zwar mit keiner großen Schuldenkrise konfrontiert, die Möglichkeit steht aber nach wie vor im Raum und einzelne Staaten sind schon nahe an der Kippe. Um in einer Krise, in der der Zugang zu Liquidität eines der zentralen Probleme ist, adäquat zu reagieren, müsste die ungleiche Struktur des internationalen Finanzsystems beleuchtet werden und nicht „alter Wein in neuen Schläuchen“ verkauft werden. Beim Zugang zu Liquidität sind nicht alle Staaten mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert. Die Währungen verschiedener Länder sind auf dem Weltmarkt nicht gleich viel

WIRTSCHAFTSPOLITIK – STANDPUNKTE

Meinung, Position, Überzeugung. Die digitale Zeitschrift der Abteilung Wirtschaftspolitik in der Wiener Arbeiterkammer behandelt Aspekte der Standortpolitik, des Wirtschaftsrechts, der Regulierung diverser Branchen und allgemeine wirtschaftspolitische Fragestellungen aus der Perspektive von ArbeitnehmerInnen.



➔ Kostenlose Bestellung und alle Ausgaben unter: wien.arbeiterkammer.at/wp-standpunkte

Wirtschaftspolitik-Standpunkte erscheint 4-mal jährlich und wird per E-Mail versendet.

wert.⁵ Dem Dollar als „Weltgeld“ kommt in einer krisenhaften Situation eine besondere Rolle zu. Da er als globale Reservewährung dient, bietet er Anlegern eine Sicherheit, die andere Währungen, vor allem in der Peripherie, nicht bieten können. Somit sind viele Staaten dann zusätzlich mit Kapitalflucht konfrontiert.

Geldpolitische Antworten und ihre Folgen

Dem Dollar als „Weltgeld“ kommt in einer krisenhaften Situation eine besondere Rolle zu. Da er als globale Reservewährung dient, bietet er Anlegern Sicherheit, die andere Währungen nicht bieten können.

Nun scheint es aber, als würde es nicht bei dieser ohnehin schon angespannten Situation bleiben. Die ungleichen Folgen der multiplen Krisen spannen sich weiter. Durch den Krieg in der Ukraine und spekulative Dynamiken stiegen nicht nur die Preise für Öl und Gas, sondern auch die Preise für Getreide und Düngemittel. Für viele Staaten, die vom Import dieser Güter abhängig sind, bedeutet dies weitere steigende Kosten und das in einer Situation, wo zwei Jahre Pandemie die ökonomische Lage ohnehin schon zugespitzt haben. Zwar sind die steigenden Öl- und Gaspreise vor allem auch in Mitteleuropa, wo starke Abhängigkeiten on Russland bestehen, eine große Belastung, doch der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel und Treibstoff am Einkommen ist in vielen peripheren Staaten relativ gesehen noch einmal größer. Dies betrifft unter anderem Indonesien, aber auch Sri Lanka, das auch durch innenpolitische Instabilitäten 2022 eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte erlebt.

Durch die Zinspolitik der US-Notenbank FED wertet nun zudem der Dollar auf, was einerseits zu verstärkter Kapitalflucht in den Dollar, aber auch zu steigenden Rohstoffpreisen führt, da diese primär in Dollar gehandelt werden. Ein Kommentar in den Financial Times fasste die Folgen daraus in einem prägnanten Titel zusammen: „The world is starting to hate the Fed“⁶.

Ein zentrales Problem, dass sich aus dieser ohnehin schon angespannten Gemengelage ergibt, ist die Alternativlosigkeit mit der in den kapitalistischen Zentren Zinserhöhungen als einzige Antwort auf die steigende Inflation betrachtet werden. Die Ökonomin Jayati Ghosh warnt in diesem Kontext davor, dass alte Fehler wiederholt werden⁷. So plädiert etwa Larry Summers, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und Wirtschaftsberater von Obama dafür, dass die FED ähnliche Zinsschritte einsetzen sollte, wie in den 1970ern unter Paul Volcker. Dass Zinserhöhungen meist zu einer Rezession führen, ist empirisch gut belegt. Ein Paper des Institut for New Economic Thinking, in dem die Zinspolitik unter die Lupe genommen wird, zitiert die nicht neue Erkenntnis, dass Zinserhöhungen in den USA die Wirtschaftsleistung von Staaten im globalen Süden substanziell verringern⁸. In der aktuellen Situation sind neben den drastischen sozialen Verwerfungen auch die steigenden Finanzierungskosten für unter anderem ökologische Investitionen eine Nebenwirkung, die nicht unbedingt in Kauf genommen werden sollte. Das wissen auch die Vertreter:innen einer Hochzinspolitik. Ihre Logik ist jedoch, dass nach einer kurzen, schwierigen Phase ein „soft landing“ erreicht werden sollte. Dass die Logik von „kurzen, aber schmerzhaften“ Interventionen, wie aktuell die Zinserhöhungen verhandelt werden, nicht unbedingt vielversprechend ist, haben spätestens die Schocktherapie, also der Idee in einem Ruck das Fundament einer Ökonomie zu verändern, und die wirtschaftlichen Folgen davon gezeigt. So sind sowohl Russland als auch andere osteuropäische Staaten, in denen versucht wurde Marktwirtschaft auf diese Art und Weise einzuführen mit stagnierendem Wachstum und teils sogar sinkender Lebenserwartung konfrontiert.

 Von der Zinswende zur Schuldenkrise: Altbekannt und alternativlos?

Ein Paper des Institut for New Economic Thinking zitiert die nicht neue Erkenntnis, dass Zinserhöhungen in den USA die Wirtschaftsleistung von Staaten im globalen Süden substantziell verringern.

Umso dringender wäre es notwendig, sich mit alternativen Antworten auf die Inflation zu befassen. Ein Beispiel hierfür bietet die heterodoxe Ökonomin Isabella Weber, die schon vor einem Jahr gemacht hat, für selektive Preiskontrollen als Antwort auf angebotsseitige Inflation plädierte.⁹

Und nun?

Die aktuelle Situation, in der eine Krise auf die nächste trifft, zeigt offensichtlich, wie wenig die etablierten Institutionen in der Lage sind, die bestehenden Krisen zu lösen und deckt die Widersprüche des Kapitalismus schonungslos auf. Die bestehende, neoliberale Wirtschaftspolitik wirkt hier wie ein Tisch-

tuch, das schlichtweg zu klein für den Tisch ist, das es bedecken sollte. In einer solchen Situation sind es die Länder, die ohnehin schon strukturell benachteiligt sind, die das metaphorische Tischstück ohne Tischtuch abbilden. Der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze analysiert diese ungleiche Betroffenheit auch aus einer anderen Perspektive: während sich eine fundamentale Krise im globalen Norden auf den globalen Süden schlägt, wirkt die Kausalität nicht unbedingt in die andere Richtung. Oder auch: „We live in a world of dualism in which a large part of the world’s population is excluded from the ‘systemically relevant’ circuit¹⁰“.

Miriam Frauenlob, Universität Wien
miriam.frauenlob@univie.ac.at

-
- 1 [Avoiding ‘Too Little Too Late’ on International Debt Relief | United Nations Development Programme \(undp.org\)](#) (18.11.2022)
 - 2 [Trade and Development Report 2022 | UNCTAD](#) (18.11.2022)
 - 3 [World Bank and IMF failure to address the global polycrisis makes systemic reform even more urgent - Eurodad \(06.12.2022\)](#)
 - 4 [World Bank and IMF failure to address the global polycrisis makes systemic reform even more urgent - Eurodad](#) (18.11.2022)
 - 5 [Monetary-power-and-sovereign-debt-crisis-KP-Autumn-22-online.pdf \(brettonwoodsproject.org\)](#) (18.11.2022)
 - 6 [The world is starting to hate the Fed | Financial Times \(ft.com\)](#)(18.11.2022)
 - 7 [The Monetary Tightening Trap by Jayati Ghosh - Project Syndicate \(project-syndicate.org\)](#) (18.11.2022)
 - 8 [Collateral Damage From Higher Interest Rates | Institute for New Economic Thinking \(ineteconomics.org\)](#) (18.11.2022)
 - 9 [Could strategic price controls help fight inflation? | Isabella Weber | The Guardian](#) (18.11.2022)
 - 10 [Chartbook #170 Finance and the polycrisis \(1\): What bends? What breaks? What implodes? – ADAM TOOZE](#) (18.11.2022)

BUCHBESPRECHUNG

EARTH FOR ALL – FÜNF KEHRTWENDEN ZUR RETTUNG DES PLANETEN

Von
Norbert Templ

„Die Grenzen des Wachstums“ – das war der Titel des bahnbrechenden ersten Berichts des Club of Rome, der eine weltweite Debatte über die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten in Gang setzte. 50 Jahre später versucht der Club of Rome mit seinem jüngsten Bericht „Earth for All – Ein Survivalguide für unseren Planeten“ erneut, die Menschheit wachzurütteln. Brauchen wir noch mehr Berichte?

Im kommenden Jahrzehnt muss sich die „schnellste wirtschaftliche Transformation der Geschichte“ vollziehen. Der Bericht stellt unmissverständlich klar, dass ohne eine Umverteilung des Reichtums die Klimakrise nicht zu lösen ist.

Nein, eigentlich brauchen wir keine neuen Berichte, die uns wachrütteln. Davon gibt es genug. Wir wissen, dass die CO₂-Emissionen weiter ansteigen, auch wenn sich ihr Zuwachs abgebremst hat.

Bisher sind die CO₂-Emissionen nur in Krisensituationen zurückgegangen. Und daran wird sich auch nichts ändern, wenn die Klimakonferenzen weiterhin so wenig konkrete Vereinbarungen bringen wie zuletzt die COP27 in Ägypten. Die Einigung¹ auf die Schaffung eines Fonds, der arme Länder bei der Bewältigung von klimabedingten Verlusten und Schäden finanziell unterstützt, ist durchaus ein Schritt vorwärts. Aber diese Einigung war nur möglich, weil die zentrale Entscheidung, wer in den Fonds einzahlen soll, auf nächstes Jahr verschoben wurde. Erneut geht damit wertvolle Zeit verloren. Und nach wie vor gibt es kein Ausstiegsszenario aus der Nutzung fossiler Energieträger.

Jetzt hilft nur mehr ein Riesensprung

Eine dauerhafte globale Rezession ist keine Option. Es muss einen anderen Weg geben, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Klimakrise zu bewältigen. Das es diesen Weg gibt, ist die hoffnungsvolle Botschaft der Autoren:innen des neuen Club-of-Rome-Berichts. Voraussetzung ist, dass sich im kommenden Jahrzehnt die „schnellste wirtschaftliche Transformation

der Geschichte“ vollzieht. Das erfordert einen „Riesensprung“ („Giant Leap“) in Form außerordentlicher Kehrtwenden, die das Buch in fünf Schlüsselbereiche darstellt: Armut, Gleichheit, Gleichstellung, Ernährung und Energie.

Dem wird ein Szenario von „Zu wenig, zu spät“ („Too Little Too Late“) gegenübergestellt, das den gegenwärtigen Kurs fort-schreibt: Darin begnügen sich die meisten Ländern mit halbherzigen und unsystematischen Maßnahmen zur Beseitigung der Armut und zur Stabilisierung des Klimas. Dieses Szenario birgt die Gefahr eines gesellschaftlichen Kollapses, der durch zunehmende soziale Spaltung und Umweltkatastrophen ausgelöst würde.

Konkrete Ziele und Maßnahmen

In den Kapiteln 3 bis 7 wird detailliert dargestellt, was diese Kehrtwenden beinhalten. Es werden Ziele definiert, Lösungen skizziert und die Hürden sowie Hindernisse auf dem Weg dorthin analysiert. Folgende Ziele werden aufgelistet:

- ➔ **Armut:** Eine Wachstumsrate des BIP von mindestens 4-5% für einkommensschwache Länder, bis das BIP pro Kopf und Jahr über 15.000 US-Dollar beträgt.
- ➔ **Gleichheit:** Die reichsten 10 % einer Gesellschaft verfügen über weniger als 40 % des Nationaleinkommens.

- **Gleichstellung:** Geschlechtergerechtigkeit als Beitrag zur Stabilisierung der Weltbevölkerung unter 9 Milliarden bis 2050.
- **Ernährung:** Gesunde Ernährung für alle ohne Ausweitung der landwirtschaftlichen Anbauflächen, Verringerung der Lebensmittelverschwendung.
- **Energie:** Halbierung der globalen Treibhausgasemissionen alle zehn Jahre ab 2020, um bis 2050 „Netto-Null“ zu erreichen.

Der Bericht stellt unmissverständlich klar, dass ohne eine Umverteilung des Reichtums die Klimakrise nicht zu lösen ist.

Die Lösungen, die im Bericht dargestellt werden, sind weder originell noch neu. Wer sich mit der Klimakrise und den Vorschlägen zu deren Bewältigung bereits auseinandergesetzt hat, wird kaum eine Maßnahme finden, die nicht bereits thematisiert wurde: eine neue Finanzarchitektur zur Schaffung von Anreizen für grüne Investitionen, Umgestaltung der globalen Handelsarchitektur, massive Aufstockung der Klimafinanzierung, Verbesserung der Systeme des Technologietransfers, eine neue Welthandelsarchitektur, progressive Umverteilung von Einkommen und Vermögen, Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens in Form einer Dividende auf die globalen Gemeingüter, Bildung als ausschlaggebender Faktor zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und zur Verringerung des Bevölkerungswachstums, grundlegende Umstellung auf ein neues Nahrungsmittelsystem, Elektrifizierung aller Sektoren bei gleichzeitig beschleunigtem Ausbau der erneuerbaren Energien. Dennoch kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, dass wir über den notwendigen Werkzeugkasten verfügen, um die Klimakrise in den Griff zu kriegen.

Zentrale Aussagen

Zwei Aspekte sind es, die aus meiner Sicht den Bericht zusätzlich lesenswert machen.

Zum einen stellt der Bericht „Wachstum“ nicht pauschal in Frage. Das ist insofern bemerkenswert, als der Club of Rome mit dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ zu einem der bekanntesten Thinktanks der Welt wurde. Klar zeigt sich das in der Zielsetzung eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 4 bis 5 Prozent in einkommensschwachen Ländern. Klar weist der Bericht darauf hin, dass allein die Energiewende das Wirtschaftswachstum vorantreiben und Arbeitsplätze in allen Sektoren schaffen wird. Ich teile diese Position. Letztlich ist auch die Beseitigung der Ungleichheit ein Wachstumsprogramm, das bisher benachteiligten Menschen Zugang zu Gütern und Dienstleistungen verschafft, die sie sich bisher nicht leisten konnten. Allerdings fordern die Autoren:innen ein „neues wirtschaftliches Betriebssystem“, das das schädliche Finanzsystem überwindet und eine „Ökonomie des Wohlergehens“ in den Fokus rückt. Wichtig ist zudem, dass zukünftiges Wachstum in ökologische Bahnen gelenkt wird, was auch eine Begrenzung des Überkonsums der Reichen erfordert. Beides wird im Bericht thematisiert.

Zum anderen stellt der Bericht unmissverständlich klar, dass ohne eine Umverteilung des Reichtums die Klimakrise nicht zu lösen ist. Ausgehend von der empirischen Erkenntnis, dass Länder, in denen eine größere Gleichheit herrscht, in allen Bereichen des menschlichen Wohlergehens und der Leistungsfähigkeit besser abschneiden, formuliert der Bericht eine Forderung, die wahrscheinlich den nachhaltigsten Eindruck hinterlassen wird: Die reichsten 10 Prozent einer Gesellschaft dürfen nicht mehr besitzen „als dem Gesamteinkommen der ärmsten 40 Prozent entspricht“. Diese Forderung ist so radikal wie wichtig. Ihre Umsetzung reduziert den Überkonsum der Reichen,

Buchbesprechung: Earth for All

Wie bei vielen Büchern zur Klimakrise bleibt auch hier der Eindruck: Die Analysen sind stimmig, die Lösungen unterstützenswert, aber niemand weiß, wie sie umgesetzt werden sollen.

der maßgeblich zur Klimakrise beiträgt. Bekanntlich werden die weltweiten Emissionen fast zur Hälfte von den reichsten 10 Prozent erzeugt. Drei Maßnahmen werden im Bericht angeführt, um mit einem „Riesenschritt“ zu mehr Gleichheit in den Gesellschaften zu kommen: 1) eine progressive Besteuerung einschließlich einer Erbschafts- und Vermögenssteuer, 2) die Stärkung der Verhandlungsmacht von Arbeitnehmer:innen und 3) die Einführung einer allgemeinen Grunddividende, finanziert durch Umverteilung eines Teils jenes Vermögens, das aus gemeinsamen Ressourcen wie fossilen Brennstoffen, Land oder Daten aus sozialen Medien gewonnen wird.

Kritische Würdigung

Wie bei vielen Studien und Bücher zur Klimakrise bleibt auch hier der Eindruck: Die Analysen sind stimmig, die Lösungen unterstützenswert, aber niemand weiß, wie sie umgesetzt werden sollen. Wiederholt wird der Staat angesprochen, der handeln muss. Gefordert werden aktive Regierungen, die bereit sind, die Märkte umzugestalten. Es stimmt: Nur der Staat kann die Transformation des Energiesystems erzwingen, sei es durch Anreize oder Verbote. Viele Entscheidungen sind auch bereits in diesem Sinne auf allen Kontinenten gefallen. Allein – und das hat die Klimakonferenz in Ägypten erneut gezeigt – Tempo und Umfang der Maßnahmen reichen bei weitem noch nicht aus, um die Klimakrise zu bewältigen. Es erstaunt nicht, dass gerade junge Menschen immer verzweifelter werden. Noch blicke ich optimistisch in die Zukunft, weil es viele

Buchtip

Earth for All.
Ein Survivalguide für unseren Planeten.

Der neue Bericht an den Club of Rome, 50 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“, herausgegeben vom Club of Rome Oekom Verlag, München 2022, 256 Seiten



Der Club of Rome ist einer der bekanntesten Thinktanks der Welt. Er wurde 1968 gegründet und setzt sich für eine nachhaltige Zukunft ein. Dem Zusammenschluss von Expert:innen verschiedener Disziplinen aus mehr als 30 Ländern gehören u.a. Maja Göpel und Hans J. Schellnhuber an. Bekannt wurde die gemeinnützige Organisation durch den Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ (1972), der über 30 Millionen Mal verkauft wurde.

Entwicklungen² gibt, die in die richtige Richtung weisen. Aber ich weiß, dass sich das Zeitfenster rasch schließt. Was bleibt ist die Hoffnung, dass mit der Verschärfung der Klimakrise auch die notwendigen Maßnahmen rascher umgesetzt werden und wir einen „Riesensprung“ vorwärts in eine klimaneutrale Zukunft machen.

Norbert Templ, AK Wien
norbert.templ@akwien.at

1 [What are the key outcomes of Cop27 climate summit? | Cop27 | The Guardian](#), abgerufen am 21.11.2022.

2 [Fossile Energiekonzerne im Klimanotstand - Arbeit&Wirtschaft Blog \(awblog.at\)](#), abgerufen am 21.11.2022.



ÖGB

Das internationale Forschungspraktikum von AK und ÖGB

GLOBAL UNION RESEARCH INTERNSHIP

Möchtest du dich mit **zentralen Fragen der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung** wissenschaftlich auseinandersetzen?

Dann reiche deine Ideen bei uns ein!

Die Arbeiterkammer Wien und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) bieten dir mit dem **Global Union Research Internship (GURI)** ein innovatives Forschungspraktikum. Du wirst dabei für vier Monate bei der AK Wien als Forschungspraktikant angestellt und von den Expert:innen von AK und ÖGB fachlich gecoacht. Im Rahmen des Praktikums kannst du auch Auslandserfahrung sammeln, indem du eine Zeit bei einer Einrichtung innerhalb Europas oder darüber hinaus verbringst (rund zwei Wochen nach individueller Absprache).

Gemeinsam für eine gerechtere Welt kämpfen!

Egal ob Corona, Klimakrise oder die zahlreichen Konflikte: **Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind nur zu schaffen, wenn sie auch als soziale Frage verstanden werden.** Treibende Kraft dafür ist die internationale Gewerkschaftsbewegung. In vielen Ländern der Welt kämpft sie für wichtige Anliegen. Dazu zählen die ständige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der gerechte Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaftsweise, aber auch die Durchsetzung von elementaren Freiheitsrechten und eine aktive Friedensarbeit. In diesen Auseinandersetzungen können sie auch deine wissenschaftliche Unterstützung benötigen.

Großer Themenkorb an Forschungsfragen

Reiche deine wissenschaftliche Fragestellung bei uns ein. Folgende Themenbereiche sind von besonderem Interesse:

- ▶ **Bekämpfung von Ausbeutungsverhältnissen** bzw. Durchsetzung von Arbeitnehmer:innenrechten in europäischen und internationalen Zusammenhängen
- ▶ **Ansatzpunkte für einen sozial-ökologischen Umbau** des globalen Wirtschaftssystems
- ▶ **Gesellschaftliche Bewusstseinsbildung** und institutionelle Stärkung der Gewerkschafts- bzw. Arbeitnehmer:innenbewegung
- ▶ **Analysen positiver Entwicklungen** und Beispiele und mögliche Umsetzungsstrategien

Die eingereichten Forschungsfragen können Gegenstand von Arbeiten aus unterschiedlichen Fachbereichen sein. Zu nennen sind z. B. Politikwissenschaften, Ökonomie, Jus, Geschichte, Publizistik, Philosophie oder Kommunikationswissenschaften.

ANFORDERUNGEN

- ▶ Wissenschaftliche Arbeit (Dissertation, Master, Bachelor)
- ▶ Verbundenheit mit den Zielen der Gewerkschaftsbewegung
 - ▶ Interesse an entsprechender Vernetzung und Weiterentwicklung
 - ▶ Aussagekräftige Bewerbung (rund 2 A4-Seiten)

EINREICHFRIST

für den Zeitraum
von März bis Juni 2023
▶ **13. 01. 2023**

RÜCKFRAGEN

Mag. **Valentin WEDL**
AK Wien,
EU & Internationales
valentin.wedl@akwien.at

Dr. Marcus **STROHMEIER**
ÖGB, Int. Sekretariat
marcus.strohmeier@oegb.at